

Wöchentlich 76 Seiten, monatlich 3,- Reichsmark, voraus zahlbar. Unter Streifenband im In- und Ausland 0,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Welt“, „Stadtblätter“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Bild in die Zukunft“, „Kulturarbeit“ und „Technik“ erscheint wochentags einmal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Köndhoff 232-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonten: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskontogesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Dienstag
15. November 1927

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einpaltige Nonpareilgröße 20 Pica, Reklamgröße 5 — Reichsmark „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 25 Pica (in 10 Zeilen wochentags) jedes weitere Wort 12 Pica. Stellengeld das erste Wort 15 Pica, jedes weitere Wort 10 Pica. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pica. Familienanzeigen für Abonnenten 30 Pica. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 9 bis 17 Uhr

Minister Schiele verteuert den Kinderbrei!

Erhöhung des Maiszolls geplant. — Großagrarische Interessentenpolitik im Reichskabinett.

Die Wähler der Deutschnationalen haben in den letzten Jahren oft genug Anlaß gehabt, sich verwundert zu fragen, wozu die Deutschnationale Partei eigentlich in der Regierung ist. All die schönen Wahlversprechungen sind vor den Erfordernissen der „praktischen Politik“ in nichts zerronnen. In der Außenpolitik werden die Deutschnationalen, wenn auch widerstrebend, auf der Linie der Bocarno-Politik festgehalten; die Spärer und Renner sind in der Aufwahrungsfrage unbedenklich betrogen worden; nur ein letztes und höchstes Gut gibt es, das angeblich alle Opfer in den großen Fragen der Politik rechtfertigt: die Wirtschaftspolitik, die Handhabung des Regierungsapparates im Dienste der wirtschaftlichen Forderungen der Großagrarier und des Reichslandbundes.

Ein glänzendes Beispiel für diese Handhabung des Regierungsapparates im Dienste der Interessen einer kleinen großagrarischen Clique bietet gerade bei gegenwärtig zur Diskussion stehende deutsch-jugoslawische Handelsvertrag. Es kann auf den ersten Blick keine harmlosere Maßnahme geben, als die in dem Handelsvertrag vorgesehene Zollermäßigung für Futtermais von 3,20 M. auf 2,50 M. je Doppelzentner. Im Gegenteil, jeder, der für einen Abbau der Zollschranken auch auf landwirtschaftlichem Gebiet eintritt, und jeder volkswirtschaftlich Denkende, der eine Zollermäßigung vor allen Dingen bei den Rohstoffen und Halbfabrikaten für notwendig hält, muß diese Zollermäßigung begrüßen. Ist doch der Mais vor allen Dingen ein Rohstoff für die Schweinefleisch- und Hunderttausende von kleineren und mittleren Landwirten haben daher ein Interesse daran, nachdem die in der Vorkriegszeit so billige russische Futtergerste auf dem Weltmarkt fast verschwunden ist, in dem Mais einen neuen und wohlfeilen Rohstoff für ihre Schweineproduktion zu gewinnen. Gegenüber diesem Abbau eines Stückes der Zollmauer schien es nur ein kleiner Schönheitsfehler zu sein, daß die Zollermäßigung nur dem Futtermais, nicht aber dem zur industriellen Weiterverarbeitung eingeführten Mais zugute kommen soll.

Zwar handelt es sich bei der industriellen Weiterverarbeitung von Mais um nicht unwesentliche Interessen der Volkswirtschaft und der großen Verbrauchergruppen, werden doch aus Mais wichtige industrielle Hilfsstoffe (Dextrin, Stärke) hergestellt, vor allem aber auch Massennahrungsmittel wie Puddingpulver, beispielsweise das bekannte Maizena, und Nährmittel für die Kinder-, Kranken- und Säuglingsernährung.

Dieser kleine Schönheitsfehler bekommt aber ein ganz anderes Gesicht durch eine Nachricht, die in diesen Tagen durch einen Beschluß des preussischen Kabinetts der Öffentlichkeit zur Kenntnis gekommen ist. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft beabsichtigt nämlich, bei der Differenzierung zwischen Futtermais und Futtermais durch einseitige Senkung des Futtermaiszollens nicht stehen zu bleiben;

es will diese Differenzierung noch ganz gewaltig übersteigern, indem gleichzeitig mit der Zollsenkung für Futtermais der Zoll für Industriemais von 3,20 M. auf 5 M. erhöht, also nahezu verdoppelt werden soll.

Der landwirtschaftliche Gewerbezweig, zu dessen Gunsten hier der Maiszoll erhöht werden soll, ist die Kartoffelstärkefabrikation, also ein Verzweigungszweig des deutschen Kartoffelbaues. Nun ist es zwar außerordentlich schwierig, glaubhaft zu machen, warum gerade in der Gegenwart ein Lebensinteresse des deutschen Kartoffelbaues bedroht sein soll, da wir nicht nur im vorigen Jahr bei einer knappen Kartoffelernte schwindend hohe Kartoffelpreise hatten, sondern die Kartoffelpreise auch in diesem Jahre weit über den Vorkriegspreisen liegen, obwohl das Erntergebnis wesentlich besser war als im vorigen Jahr. Ist doch die Kartoffelernte von 1927 um nicht weniger als 6 Millionen Tonnen größer als die des Vorjahres, eine Menge, die fast ebensoviele ist wie der gesamte Speisekartoffelbedarf der städtischen Bevölkerung in Deutschland. Es wirkt sich hier die im letzten Sommer geschaffene Erhöhung des Kartoffelzollens aus, die noch dadurch verstärkt wird, daß gegenüber dem einzigen Lande, das wesentliche Kartoffelmengen nach Deutschland liefern könnte, nämlich Polen, noch immer der Kampfzoll von 2 M. je Doppelzentner in Geltung ist. Zum Schutz der Lebensinteressen des Kartoffelbaues ist also alles geschehen und weit mehr noch, als nötig wäre und als den Verbrauchern gegenüber verantwortet werden kann.

Nun aber ist wiederum die Kartoffelstärkeindustrie in Not, denn durch die hohen Kartoffelpreise ist ihr Rohstoff

teuer geworden, und sie fürchtet die Konkurrenz der Maisstärkeindustrie, deren Rohstoff „nur“ durch einen Zoll von 3,20 M. je Doppelzentner verteuert ist. Klarer kann das Arbeiten der agrarischen Zoll-erhöhungsmaschine gar nicht dargestellt werden.

Erst erhöht man den Kartoffelzoll und schafft Kampfschilde gegen Polen, um die Kartoffeln teurer zu machen, dann, wenn die Kartoffeln teuer sind, ist wiederum die Maisstärkeindustrie nicht konkurrenzfähig, und man muß den Maiszoll erhöhen, um hohe Stärkepreise und Nährmittelpreise herbeizuführen.

Nun verlohnt sich aber außerdem wohl die Frage, um welchen fabelhaft wichtigen, mit den Lebensinteressen Deutschlands und seiner Erwerbstätigen verwachsenen Gewerbezweig es sich bei der Kartoffelstärkeindustrie tatsächlich handelt. Es gibt in Deutschland etwa 150 arbeitende Kartoffelstärkefabriken, von denen jedoch rund 120 Betriebe (etwa 50 mit Trockenstärke- und etwa 70 mit Feuchtsstärkeherstellung) sogenannte landwirtschaftliche Kartoffelstärkefabriken von sehr kleinem Umfange sind. Nur 30 Betriebe sind wirkliche gewerbliche Kartoffelstärkefabriken, und unter diesen Betrieben sind eigentlich nur drei als einigermaßen großindustrielle Betriebe anzusprechen, nämlich die W. A. Scholten Stärke- und Spruyfabriken A. L. G. in Brandenburg, sowie die Stärkefabriken in Küstrin und Travemünde. Die gesamten Kartoffelstärkefabriken in Deutschland verarbeiteten im Jahre 1925 1,5 Millionen Tonnen Kartoffeln, wobei auf die landwirtschaftlichen Fabriken 800 000 Tonnen, auf die gewerblichen 700 000 Tonnen entfielen. Im Jahre 1926 ging die Verarbeitung um mehr als die Hälfte auf 600 000 Tonnen zurück. Gemessen an der deutschen Kartoffelernte sind das vollkommen unwesentliche Posten; betrug doch die Kartoffelernte von 1925 41 Millionen Tonnen, so daß nur etwa 3 1/2 Proz. der Kartoffelernte von der Kartoffelstärkeindustrie verwertet wurden. Es ist also kaum zu verstehen, weswegen gerade die Kartoffelstärkefabrikation von so außerordentlicher Wichtigkeit sein soll, um wegen ihrer Interessen

den Beschlüssen der Weltwirtschaftskonferenz ins Gesicht zu schlagen und einen Rohstoff zu verteuern, der der deutschen Textilindustrie wichtige Hilfsstoffe liefert und aus dem wohlfeile Nährmittel für die großen Massen der Verbraucher, besonders aber für die Kinder, Kranken und Säuglinge hergestellt werden.

Es müssen doch außerordentlich einflussreiche Interessengruppen sein, die hinter diesem Industriezweige stehen, und denen es hier gelungen ist, den Lauf der deutschnational gelenkten Regierungsmaschine allen Interessen der Verbraucher und allen feierlichen Erklärungen der Regierung zum Trotz zu beeinflussen.

Wir haben nun einen besonderen Anlaß, an den deutschnationalen Minister Schiele, der sein Amt als Volksernährungsminister dahin aufweist, daß er ausgerechnet den Pudding und den Kinderbrei verteuern muß, folgende Frage zu richten:

1. Ist es wahr, daß Herr Schiele auf seinem Gutsbetrieb in Scholten eine verhältnismäßig große und leistungsfähige landwirtschaftliche Kartoffelstärkefabrik besitzt?
2. Ist es wahr, daß Herr Schiele an der größten und leistungsfähigsten industriellen Kartoffelstärkefabrik, der Scholten-A. G. in Brandenburg, mit einem sehr großen Aktienpaket beteiligt ist oder noch bis vor kurzem beteiligt gewesen ist?
3. Ist es wahr, daß Herr Schiele vor seiner Ernennung zum Reichsinneminister dem Aufsichtsrat der Scholten-A. G. angehörte, dieses Aufsichtsratsmandat wegen seiner ersten Ministeramtigkeit niederlegte, es aber nach Beendigung seiner ersten Ministeramtigkeit aber prompt wieder erhielt, um es wiederum niederzulegen, als er Reichsernährungsminister wurde, und daß er daher mit einer gewissen Zurechnung darauf rechnen kann, daß ihm dieser Sitz im Aufsichtsrat in der größten deutschen industriellen Kartoffelstärkefabrik auch wiederum frei gehalten wird bis zu dem Augenblick, wo er wieder dem Kreise der pensionsberechtigten Reichsminister angehören wird?

Bereinbarung in der Metallindustrie

Allgemeine Lohnerhöhung von 3 Prozent für die Eisenformer.

Der Schlichtungsausschuß, der gestern bis spät abends versammelt war, um eine Einigung in dem Konflikt der Eisenformer und Berufsangehörigen mit dem BWRZ. herbeizuführen, ist schließlich zu folgender Vereinbarung gekommen, die beiden Parteien zur Annahme empfohlen wird.

„Mit Rücksicht auf die weitgehende Differenzierung der Verdienste in den einzelnen Betrieben erscheint eine einheitliche Regelung kaum durchführbar. Die Kammer empfiehlt eine Erhöhung der Verdienste der Arbeitnehmer (Handformer, Maschinenformer, Kernmacher, Puher) um etwa 5 Proz. mit Wirkung ab 14. November. Falls sich bei der Durchführung dieser Empfehlung Streitigkeiten in den einzelnen Betrieben ergeben sollten, hat eine paritätische Kommission, bestehend aus einem Arbeitgeber und Arbeitnehmer, eine Regelung zu schaffen. Die Entscheidung dieser Kommission ist endgültig.“

Die Verhandlungen die gestern unter dem Vorsitz des Gewerberatens Körner stattfanden, waren in Wirklichkeit eine Fortsetzung der direkten Verhandlungen zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und dem Deutschen Metallarbeiterverband, die vorige Woche Dienstag ergebnislos abgebrochen waren.

Wie erinnerlich, hat der BWRZ. in jenen Verhandlungen jede generelle Lohnerhöhung abgelehnt, und zwar sowohl aus grundsätzlichen, wie auch aus wirtschaftlichen Gründen. In den Besprechungen, die gestern in der Oranienstraße stattfanden, verhielten die Unternehmervertreter, die sehr zahlreich erschienen waren, zunächst mit den angeblich hohen Löhnen aufzutreten. Die Unternehmer hielten Löhne, deren Durchschnitt sie selbst auf 1,29 M. die Stunde angaben, für ausreichend, ja sogar für sehr hoch. Sie führten besonders die Löhne ins Feld, die nicht unerheblich über diesem Durchschnitt liegen. Sie mußten dabei allerdings selbst zugeben, daß diese Löhne nur verdient werden

insolge der außerordentlich guten Konjunktur und von Arbeitern, die besonders tüchtig sind und auf der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit stehen.

Die Unternehmer konnten aber nicht bestreiten, was ihnen besonders von den Genossen Ziska und Ulrich nachgewiesen wurde, daß selbst die Löhne, die über den Durchschnittslöhnen der Eisenformer liegen, noch nicht einmal den Friedensreallohn darstellen, wenn man die inzwischen eingetretene Teuerung berücksichtigt. Die Unternehmer selbst mußten aber zugeben, daß die jetzigen Löhne nur erzielt werden durch eine ganz außerordentliche Leistungssteigerung im Verhältnis zur Vorkriegszeit.

Die Vereinbarung, die auch mit Zustimmung der Unternehmervertreter den beiden Parteien zur Annahme empfohlen wird, ist die erste allgemeine Lohnerhöhung, die die Formner seit langen Jahren erhalten. Diese Lohnerhöhung, die allerdings nur 5 Proz. beträgt, praktisch also eine durchschnittliche Lohnerhöhung von etwa 3,10 M. die Woche, ist den Unternehmern nur abgerungen worden, weil diese, wie sie selbst zugeben, den Streit vermeiden wollten.

Die Eisenformer werden nun zu entscheiden haben, ob sie sich mit diesem großen moralischen, praktisch allerdings unbefriedigenden Erfolg begnügen wollen, oder ob die Differenz zwischen dem, was ihnen die Vereinbarung bietet, ihren Forderungen und dem, was sie eventuell durch einen zweifellos hartnäckigen Kampf erreichen können, ob diese Differenz diesen Kampf wert ist.

Die Entscheidung liegt bei den Formnern selbst. Wie diese Entscheidung auch ausfallen mag, es steht jedenfalls heute schon fest, daß es den Formnern dank ihrer guten Organisation gelungen ist, den BWRZ. zu zwingen, seinen absolut ablehnenden Standpunkt aufzugeben. Daran möge die übrigen Gruppen der Arbeiterschaft der Berliner Metallindustrie sich ein Beispiel nehmen.

Die Abrechnung naht! Der Bürgerblock erkennt sein Schicksal.

Nach den Sonntagswahlen ist kein Zweifel mehr: der Bürgerblock ist vom Volke verurteilt. Er hat kein Mandat vom Volke, die Vollziehung des Urteils erfolgt bei der kommenden Reichstagswahl.

Die Rechte erkennt ihr Schicksal. Kommentar der „Kreuz-Zeitung“ zu den Sonntagswahlen:

„Es ist traurig genug, daß man immer wieder dieselben Feststellungen machen muß. Aber es ist notwendig, um aufzurütteln. Wir haben im nächsten Jahr nicht nur Reichstags-, sondern auch preußische Landtagswahlen! Seid auf der Hut! Vestigia terrent.“

Vestigia terrent — die Spuren schrecken die Deutschnationalen! Aber die kommenden Wahlen werden in die Spuren von Hamburg, Bremen, Mecklenburg, Danzig, Hessen treten.

Die „Tägliche Rundschau“ resigniert bereits:

„Wenn man zu diesen Wahlergebnissen auch noch die Gemeindevahlen in einer Anzahl von medienburgischen Städten, namentlich in Rostock, betrachtet, kann man nicht umhin, einen erneuten Rückblick auf die Wahlmüdigkeit in den bürgerlichen Kreisen zurückzuführen, die vor allem in Hessen erschreckend deutlich zum Ausdruck gekommen ist. Daneben ist ein neues Anschwellen der sozialistischen Flut nicht von der Hand zu weisen. Es hat fast den Anschein, als ob wieder eine sozialistische Welle durch Europa geht, die, wie die englischen Gemeindevahlen und norwegischen Stortingwahlen zeigen, bereits andere Länder erfaßt hat. Für die bürgerlichen Parteien ist auch der gestrige Wahlsonntag ein ernstes Warnungssignal.“

Am 27. November erfolgt die Abrechnung mit der Braunschweiger „Ordnungs“-regierung!

Eine unglaubliche Neußerung.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie gegen die Verfassung?

Herr Oberregierungsrat Dr. Adametz ist ein beurlaubter Staatsbeamter, der im Reichsverband der Deutschen Industrie Fragen des Verfassungsrechts und der Verwaltungs- und Verfassungsreform bearbeitet. Er hat auf den Tagungen des Reichsverbandes des Deutschen Groß- und Ueberseehandels, der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, und zuletzt auf der Führertagung des Reichslandbundes über die von ihm behandelten Fragen Vorträge gehalten.

Von Herrn Oberregierungsrat Dr. Adametz wird eine aufs erste unglaubliche Neußerung auf der Führertagung des Reichslandbundes berichtet. Sie steht aber in dem vom Reichslandbund veröffentlichten Protokoll und ist so lange wahr, als sie nicht widerrufen wird.

Nach diesem Protokoll hat sich der deutschnationale Abgeordnete Dr. Everling gegen den Einheitsstaat mit folgenden Worten gewandt:

„Merkt man denn nicht, daß die Gründe für den Einheitsstaat dreifacher Art sind: 1. die republikanische Idee, 2. die demokratische Idee und 3. der parlamentarische Zweck? Woher wir sparen, dann weg mit dem Parlamentarismus!“

Oberregierungsrat Dr. Adametz hat in der Diskussion sich dagegen verwahrt, daß er sich nicht gegen den Parlamentarismus gewandt hätte. Er sagte:

„Wirkt man uns vor, daß wir den Parlamentarismus nicht erwählt hätten, so habe ich ausdrücklich das geltende System als verfehlt bezeichnet. Damit meinte ich den Parlamentarismus, den ich auch ausdrücklich nannte. Im übrigen lautete mein Thema: Untersuchung der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten im Rahmen der Weimarer Verfassung.“

Wir müssen Herrn Oberregierungsrat Dr. Adametz, den beurlaubten Staatsbeamten, und den Reichsverband der Deutschen Industrie fragen, was dieses Bekenntnis zum antiparlamentarischen System, das nur ein Bekenntnis zum Faschismus oder zu einer anderen Form der Diktatur sein kann, bedeutet? Der Parlamentarismus ist die Grundlage der Weimarer Verfassung. Man kann den Parlamentarismus nicht als verfehltes System bezeichnen, wenn man die Weimarer Verfassung anerkennt. Wir fragen: Hat der Reichsverband der Deutschen Industrie seine Stellung zur Verfassung geändert? Hat der beurlaubte Staatsbeamte Oberregierungsrat Dr. Adametz sich so über das parlamentarische System geäußert, wie der Verhandlungsbericht des Reichslandbundes es behauptet?

Wenn nein, dann muß die Deffenlichkeit eine entsprechende Erklärung verlangen. Die Deffenlichkeit muß klar sehen können, womit es beim Reichsverband der Deutschen Industrie und bei beurlaubten Staatsbeamten zu rechnen hat!

Der schwarzweißrote Hammel.

Ein pommerisches Idyll.

Wir berichteten neulich von einem Stahlhelmschwein. Es hat jetzt ein Gegenstück in Gestalt eines schwarzweißroten Stahlhelmschweins gefunden. Und das kam so: In Gising auf Rügen feierte der Stahlhelm ein Stiftungsfest, zu dem der Rittergutsbesitzer Heideborn-Urow einen Hammel als Hauptgewinn der Verlosung gestiftet hatte, aber unter der ausdrücklichen Bedingung, daß der Hammel mit einer schwarzweißroten Schleife geziert durch den Saal geführt werde. Ohne sich der unfreimilligen Komit bemüht zu werden, gingen die wackeren Gisinger Stahlhelmer auf diese Bedingung ein, ja, in ihrem patriotischen Uebermut schmückten sie den Hammel nicht nur mit einer schwarzweißroten Schleife am Hals, sondern auch noch mit einer zweiten am — Schwanz! So wurde das edle Tier unter ungeheurem Beifall und patriotischen Klängen der Musikpelle durch den Festsaal hin und ab geführt. Daß der Wirt des Lokals es gemerkt, war eine besonders einschüchternde Fügung des Himmels.

Das türkische Schicksal aber hatte gewollt, daß die Redaktion unseres Straßener Parteiblattes, der „Vorposten“ von der Spende des Herrn Heideborn und der seltsamen Bedingung vorher Kenntnis erlangt hatte. Sie entsandte einen stillen Beobachter zu der Festlichkeit, der aus eigener Wahrnehmung die obigen Vorgänge der Deffenlichkeit schildern konnte. Und so bekam denn das Stahlhelmschwein einen Stahlhelmschwein zur Gesellschaft. Fehlt nur noch ein Stahlhelmschaf. Aber keine Sorge — Herr Seidte wird ihn schon stiften.

Marx und Strefemann in Wien.

Trinksprüche und Freundschaften.

Dr. Marx und Dr. Strefemann sind am Montag vormittag in Wien eingetroffen, wo sie als Vertreter des Deutschen Reiches von der Bevölkerung herzlich empfangen wurden. Am Abend fand beim Bundeskanzler Seipel ein offizielles Diner statt, auf dem Seipel und Marx Trinksprüche austauschten. Der Bundeskanzler führte u. a. aus:

„Das Bestück, das unser Volk in Deutschland und in Oesterreich in diesen Jahren zurückgelegt hat, war voll von Widrigkeiten und Mühen ohne Zahl, aber es war ein Weg nach aufwärts! Wer daran zweifelt, der nehme das nächste Zeitungsbild aus dem Jahre 1922 oder auch noch 1924 zur Hand. Hoffentlich erschrickt er nicht nachträglich beim Anblick des Reduzenhauptes, das ihm entgegensteht.“

Aber jetzt, Freunde, wenden wir unsere Augen dorthin, wo, wer noch Verantwortung für viele trägt, stets hinzublicken hat: Nach vorwärts, in die Zukunft! Denken wir daran, Welch

ungeheure Arbeit noch zu leisten

ist, damit, was erreicht wurde, nicht morgen wieder verloren geht, damit dieser Erdteil jenen, die nach uns kommen werden, als Garten, nicht als Wüste hinterlassen werde. Sind wir, ist die Welt für diese Riesenarbeit schon ganz gut ausgerüstet? Mit den Bleigewichten des starren Egoismus oder gar eines politischen Ignorismus im Rückfall werden wir nicht die steilen Höhen erklimmen, von denen aus der Weg in die sonnigen Täler des Friedens, der Gerechtigkeit und des Rechtes frei liegt. Stillische Werte müssen wieder das Ziel und der Inhalt aller Politik werden, nicht mehr bloß ihr gefälliges Mäntelchen sein.

Wenn wir dies sagen, wollen wir nicht über andere urteilen. Wir müssen gerecht genug sein, anzuerkennen, daß die besonders harte Zeit, die sich für uns an das Kriegsende schloß, es uns erleichtert hat, Erkenntnisse zu gewinnen und auszusprechen, die andernwärts von den Fanatikern des Sieges überhört wurden. Aber schließlich werden sich alle dazu bekennen; denn solange nicht die Rücksicht auf das Ganze und das Vertrauen in den Nachbar die Grundlage der europäischen

Politik sind, gibt es keinen gesicherten Frieden, keine Abrüstung, keine Wirtschaftserholung, keinen wahren Fortschritt der Kultur in Europa. Daß die in London und Vercorno ausgestreute Saat bald zur Frucht reife, daß wir in naher Zukunft das

große Erntefest des wirklichen europäischen Friedens

feiern mögen, das ist unser innigster Wunsch. In seiner Erwiderung sagte Reichskanzler Dr. Marx unter anderem: Es ist hier nicht der Ort, dem im einzelnen nachzugehen, aber wir fühlen, daß

beide Staaten sich Schritt für Schritt vom Abgrund entfernen

und daß sichere Grundlagen gelegt sind zur Wiederaufrichtung im Innern, zur Wiedererstarkung nach außen.

Vieles hat sich in dieser, im Hinblick der Ereignisse uns unendlich lang erscheinenden Zeit geändert. Manche Fortschritte sind schneller erzielt worden als wir zu erhoffen wagten. Manches Ziel, das leichter zu erreichen schien, ist noch immer in weite Ferne gerückt. Aber eines ist bei allem Wechsel geblieben: eine Empfindung, die auch den Unterton Ihrer Worte bildet:

Die Jüngung und das Versehen zwischen Oesterreich und Deutschland.

Zwischen unseren Herzen, unserer Freundschaft gibt es keinen Trennungstrieb. Wie könnte es auch anders sein! Gemeinsam ist unsere Sprache, gemeinsam ist unsere Kultur, gemeinsam auch der Lebensweg, den wir zu wandern haben. Aus dieser Verbundenheit ergibt sich die Freundschaft zwischen uns, von der wir fühlen, daß sie uns alle immer weiter und tiefer ergreift. So sind wir zu Ihnen gekommen als treuer Freund zum treuen Freund. Gewiß, wir haben manches gemeinsam zu regeln, manche Frage zu klären, auch manche Schwierigkeit aus dem Wege zu räumen. Wir wollen die Freundschaft auch außerhalb betonen und sie durch unser Wiedersehen bekräftigen und vertiefen.

Zum Schluß lud Dr. Marx den Bundeskanzler zum Gegenbesuch in Berlin ein.

Der AfA-Bund in Berlin führend.

Ergebnis der Angestelltenwahlen.

Das vorläufige amtliche Ergebnis der Wahl der Vertrauensmänner zur Angestelltenversicherung am 13. November ist wie folgt bekanntgegeben worden:

Es wurden insgesamt 138 933 gültige Stimmen abgegeben; davon haben erhalten die Listen der Verbände des AfA-Bundes Berlin zusammen 52 208.

Von den Listen des AfA-Bundes haben erhalten: die Liste des Zentralverbandes der Angestellten 30 071, die Liste der Techniker, Bund der technischen Angestellten und Beamten 7318, die Liste der Werkmänner vom Deutschen Werkmeisterverband 6757, die Liste der Bankangestellten vom Allgemeinen Verband der deutschen Bankangestellten 3391 und die Freie Liste der übrigen AfA-Verbände sowie verschiedener freier Arbeitergewerkschaften 4671.

Von den Verbänden des sogenannten Hauptauschusses haben erhalten die Liste A 31 694, Liste B 33 222, Liste C 15 303.

Der AfA-Bund ist in Berlin also führend; denn es ist zu berücksichtigen, daß der Gewerkschaftsbund der Angestellten (GWA), der die Liste B zur Wahl gestellt hatte, in seiner Zusammensetzung eine ähnliche Organisation aufzuweisen hat wie der AfA-Bund. Danach hat der AfA-Bund also rund 20 000 Stimmen mehr

erhalten. Aber auch gegenüber dem sogenannten Gedag, dem neben dem deutschnationalen Handlungsgehilfenverband der Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten angehört, hat der AfA-Bund einen beträchtlichen Vorsprung von Stimmen aufzuweisen.

Stimmengewinn des AfA-Bundes.

Aus dem übrigen Reich liegen erst vereinzelt Wahlergebnisse vor. Aber auch hier zeigen die bisher vorliegenden Mitteilungen, daß der AfA-Bund die Stimmengzahl erheblich steigern konnte. Für die nachstehenden Wahlkreise ergibt sich folgendes Bild:

	1927	1922	
Erfurt-Bund	36	0	Stimmen
Dudenwalde	434	297	
Kaiserlautern	504	138	
Crimmitschau	253	134	
Glauchau-Stadt	245	138	
Merane	273	138	
Zwickau	741	360	
Gotha	480	175	

Parker Gilbert wünscht Aussprache.

Vor mündlichen Erörterungen.

Der Reparationsagent Parker Gilbert hat — wie der „Soz. Pressedienst“ erfährt — in einem äußerst höflichen Schreiben an den Reichsfinanzminister den Empfang des Memorandums der Reichsregierung bekräftigt und gleichzeitig den Wunsch ausgedrückt, über die in dem Memorandum behandelten Probleme bald in mündliche Erörterungen einzutreten. Diese Erörterungen stehen unmittelbar bevor.

Der reparationspolitische Ausschuss der Reichsregierung wird unter dem Vorsitz des Staatssekretärs im Reichsfinanzministerium Dr. Popitz togen. Das Auswärtige Amt wird durch Ministerialdirektor Dr. Ritter, das Reichswirtschaftsministerium durch Ministerialdirektor Dr. Schäffer und das Reichsernährungsministerium durch Staatssekretär Dr. Hoffmann vertreten sein. Der Ausschuss soll, ergänzt durch Vertreter der großen Parteien, von Fall zu Fall zusammentreten, um gutachtlich zu den Problemen der Reparationspolitik Stellung zu nehmen. Der erste Zusammentritt dürfte erfolgen, wenn die Aussprache zwischen Parker Gilbert und dem Reichsfinanzminister zu bestimmten Ergebnissen geführt hat.

Termin für Marx und Reudell.

9. Januar — zweite Instanz im Prozeß Tressow.

Die Berufungsverhandlung in Sachen Tressow gegen den Major Badick findet am 9. Januar vor dem Landgericht I in Berlin statt.

Am 9. Januar wird Herr Marx sich nicht mehr hinter die zweite Instanz verstecken können, sondern eine Erklärung zum Falle Reudell-Tressow-Marx abgeben müssen!

Sack verstummt.

Die Geldquellen der Feme bleiben dunkel.

Noch einmal erblühte das umränderte Manuskript des Rechtsanwalts Sack am Montagabend vor dem preußischen Untersuchungsausschuss. Aber der sonst so redselige Herr war schweigsam. Auf die Frage, wer das Geld für die Verteidigung der Gememörder im Falle Panzier gegeben hat, will er auch jetzt keine Antwort geben.

Bei der vorherigen Vernehmung hätte er zwar nicht mit Namen, aber durch die Beschreibung auf den Führer Weder hingewiesen. Weder hatte auch zugegeben, Sack zur Uebernahme der Verteidigung

für die Angeklagten Stein, Mhentsch und Schirmann aufgefordert zu haben, wollte aber von der Herkunft des Geldes nichts wissen.

Diesen Widerspruch sollte die nochmalige Vernehmung Sacks aufklären. Sie tat es nicht. Gegen alle Fragen, die ihm unbequem sind, verschlang sich Herr Sack hinter dem Anwaltsgeheimnis. Mit Mühe ist soviel aus ihm herauszubringen, daß er mit dem Geldgeber oder Geldüberbringer den Führer Weder doch nicht gemeint habe. Nun aber wird es unangenehm für Herrn Sack. „Hatten Sie eine ordnungsmäßige Buchführung?“ fragt der Berichterstatter Kuffner.

Zeuge Sack: „Darauf verweigere ich die Antwort.“

„Haben Sie die von dem unbekanntem Auftraggeber übertrachten Gelder in normaler, ordentlicher Weise gebucht?“, fragt der Berichterstatter weiter.

„Darauf verweigere ich die Antwort und berufe mich auf mein Anwaltsgeheimnis.“

Für den Schenkenden ergibt sich allerdings aus dieser Antwort, daß die Buchungsmethoden des Herrn Sack in bezug auf diese Gelder wohl nicht so waren, daß Herr Sack sich gern dazu äußert. Der Ausschuss berät, ob die Zeugnisverweigerung hier tatsächlich durch das Amtsgeheimnis gedeckt ist, gelangte aber zu einer Verlegung dieser Frage.

Die Vernehmung Sacks geht weiter. Ueber nebenwärtliche Dinge läßt er sich in großer Breite aus. Im Hauptpunkte aber bleibt seine Antwort schweigen. Der Berichterstatter kündigt am Schluß an, daß er sich einen weiteren Beweis antrag vorbehalte. Er hoffe, auf einem anderen Wege zur Beantwortung der von Sack unbeantworteten Fragen zu gelangen.

Klar ist jedenfalls, daß hier einer der dunkelsten Punkte der Angelegenheit Panzier liegt. Wie in allen früheren Fällen wird auch hier die Feststellung der geheimen Geldgeber der Schwarzen Reichswehr von den Beteiligten und ihrem Anhang mit größter Hartnäckigkeit verhindert.

Bürgermeister Neuber von Eulbach in der Oberpfalz, seiner politischen Gesinnung nach den Deutschnationalen nahestehend, spekulierte — wie uns aus Regensburg gemeldet wird — seit Monaten mit dem Gelde der rädlichen Spartakia. Die Folge ist ein Fehlbetrag von über 100 000 M. Das offizielle Ergebnis der inzwischen eingeleiteten Untersuchung steht zurzeit noch aus.

Ein Abgeordneter ins Gefängnis. Der radikalsozialistische Abgeordnete Chavagne war kürzlich wegen fahrlässiger Tötung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hatte mit seinem Auto einen Landwirt auf offener Straße überfahren und darin die Flucht ergriffen. Chavagne, der jede Schuld bestritt, hatte Berufung eingelegt. In zweiter Instanz wurde er jetzt zu sechs Monaten Gefängnis und 10 000 Franken Schadenersatz verurteilt.

Der Weg zum Einheitsstaat.

Eine Unterredung mit Ministerpräsident Dr. Braun.

Bochum, 14. November. (Eigenbericht.)

In einer Unterredung mit Pressevertretern verbreitete sich Ministerpräsident Dr. Braun über die Frage der Verwirklichung des Einheitsstaatsgedankens. Ministerpräsident Dr. Braun führte aus, daß das Einheitsstaatsproblem eine Frage der verfassungsmäßigen Bedingungen und der gegebenen politischen Machtverhältnisse sei. Bei voller Bewertung dieser Gesichtspunkte glaube er nicht, daß unter den augenblicklichen Umständen viel für die Vereinheitlichung des Reiches zu erreichen ist, obwohl das Inhaltliche der jetzigen Verhältnisse selbst von den extremsten Föderalisten zugegeben werden müsse.

Ein praktisch möglicher Weg, unter den bestehenden Bedingungen vielleicht der am ersten erreichbare, zur Lösung der Einheitsstaatsfrage wäre der, daß die Reichsregierung die ihr nach der Verfassung zustehende gesetzliche Vollmacht voll ausnütze. In diesem Falle blieben von den Ländern nur Verwaltungsbezirke (Reichsprovinzen), so daß die jetzigen Parlamente überflüssig würden. Natürlich müßten die einzelnen Reichsprovinzen und Selbstverwaltungskörper mit weitgehendem Autonomiebereich ausgestattet werden. Bei einem derartigen System von Reichsprovinzen könnten die Stammeigenschaften der Bevölkerung sowie die wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnisse der einzelnen Gebiete volle Berücksichtigung finden. Selbstverständlich dürften die aus der partikularistisch-egoistischen Einstellung gewisser Länder resultierenden Schwierigkeiten der Staatsvereinheitlichung nicht unterschätzt werden. Er habe jedoch keine Befürchtung, daß beispielsweise Bayern nicht mitmachen werde. Falls Bayern vor die Alternative gestellt werde, Einheitsstaat oder Separatismus, könne die Frage nur zugunsten der Staatsvereinheitlichung beantwortet werden.

Im übrigen glaubt Ministerpräsident Dr. Braun, daß der Widerstand der Parlamente in den verschiedenen Ländern durch die zu erwartende Volksbewegung für den Einheitsstaat beseitigt wird, sobald die Reichsregierung sich zu dem Entschluß aufrafft, die ihr auf verfassungsmäßigem Wege durchaus möglichen Maßnahmen zur Vereinheitlichung des Reiches zu treffen. Der beste Weg zur Verwirklichung des Einheitsstaatsgedankens sei, die öffentliche Meinung immer wieder an Hand von konkreten Tatsachen darauf hinzuweisen, welche unhaltbaren Zustände, welche außerordentliche Belastung der Allgemeinheit und des einzelnen sich aus dem ungeheuer komplizierten Zustand des föderalistischen Systems ergeben. Natürlich erfordere diese Propaganda richtige Taktik und vor allem weitestgehende Berücksichtigung psychologischer Impponderablen. Patentlösungsvorschläge könnten den Einheitsstaatsgedanken nur diskreditieren.

Festsetzung der Befoldungsgruppen.

Die Bürgerblockmehrheit im Ausschuss kümmert sich nicht um die Verbesserungsanträge.

Nachdem am Sonnabend bei der Beratung des Beamtenbefoldungsgesetzes im Ausschuss für den Reichshaushalt ein sozialdemokratischer Antrag abgelehnt worden war, der für den Gruppenaufbau der neuen Befoldungsordnung das Befoldungssystem von 1920 zugrunde legen wollte, trat in der Montag Sitzung das gleiche Schicksal einem Antrag des Demokraten Schult, durch den die zwölf Befoldungsgruppen bei der Befoldungsordnung A der Regierungsvorlage in nur acht Befoldungsgruppen zusammengezogen werden sollten. Damit war die Regierungsvorlage als Unterlage für die weitere Beratung festgesetzt, und der Ausschuss trat in die Verhandlung über die Befoldungsgruppe 12 (1500 bis 2100 M., Wohnungsgeldzuschuß VI: 216 bis 328 M.) ein. Hierzu lag u. a. ein sozialdemokratischer, vom Genossen Seppel begründeter Antrag vor, die Befoldungsgruppe 12 ganz zu streichen und die dort aufgeführten Beamten in die Befoldungsgruppe 11 einzureihen. Der Antrag wurde ebenso wie ein kommunistischer Eventualantrag abgelehnt und die Befoldungsgruppe 12 in der Fassung der Regierungsvorlage genehmigt.

Die Beratung wandte sich dann der Befoldungsgruppe 11 zu (1500 bis 2200 M., Wohnungsgeldzuschuß V: 288 bis 720 M.). Die Gruppe 11 umfaßt die Amtsgehilfen, Postschaffner, Botenmeister und Beamte mit ähnlichen Dienstverrichtungen. Die Genossen Steinkopf und Bender beantragten, einen Teil der älteren Postschaffner und Leitungsaufseher in Gruppe 10 überzuführen, ohne Rücksicht darauf, ob sie handwerklich vorgebildet sind oder nicht. Von den Regierungsparteien wurde beantragt, die Oberpostschaffner nach Gruppe 10 zu übernehmen, und zwar für besonders wichtige Dienstposten im Bäderdienst, Gebäufteldienst, Bahnpostdienst usw. Unter Ablehnung aller Anträge der Opposition wurde der Antrag der Regierungsparteien angenommen und mit dieser Änderung die ganze Gruppe 11.

Es folgt die Befoldungsgruppe 10 (Oberbotenmeister, Ministerialamtgehilfen, Reichsboten usw., 1600 bis 2400 M., Wohnungsgeldzuschuß V). Bei dieser Gruppe bespricht der Deutschnationale Schmidt-Stettin die Entwicklung des Begriffs Ministerialzulage, die hier zuerst auftauchen, und verlangt von der Regierung Auskunft, ob diese ursprüngliche Zulage nun neben den sonstigen Zulagen beibehalten werden müsse. Er habe genau berechnet, daß im Etat 1927 diese Ministerialzulage einen Betrag von 3.650.000 M. ausmache. Eine 50prozentige Erhöhung der Ministerialzulage, wie sie in Preußen vorgenommen sei, würde den Betrag auf 5.400.000 M. steigern. Ein Einbau dieser Zulage in das Gehalt würde dem Reich sehr erhebliche Kosten ersparen.

Von der Regierung wird darauf hingewiesen, daß Preußen bereits seit dem 1. April seine Ministerialzulagen um 50 Proz. erhöht habe. Voraussichtlich werde Preußen auf diese Ministerialzulage nicht verzichten. Wenn das Reich sie ablehnen sollte, würde man Ministerialbeamte erster und zweiter Klasse schaffen. Ohne Frage könnte diese Frage also nicht gelöst werden.

Da eine große Zahl Wortmeldungen vorlagen, wurde die weitere Erörterung dieser wichtigen Frage ausgesetzt.

Deutsch-polnischer Landarbeitervertrag.

Nach dreijährigen Verhandlungen fertiggestellt.

Am 14. d. M. wurde in Berlin zwischen der Deutschen und der polnischen Regierung ein Vertrag über polnische landwirtschaftliche Arbeiter paraphiert. Für die Unterzeichnung des Vertrages, die in Warschau stattfinden soll, ist der 21. November in Aussicht genommen. Die Verhandlungen haben fast drei Jahre gedauert.

Dem endgültigen Abschluß gingen zwei Provisionen voraus. Gegenstand der Verhandlungen waren insbesondere Fragen der Anwerbung und Vermittlung, sowie der sozialrechtlichen Verhältnisse solcher polnischer Arbeiter, die jährlich zur Arbeit in die deutsche Landwirtschaft kommen und über die Winterzeit wieder nach Polen zurückkehren. Ferner wurden auch die Verhältnisse derjenigen polnischen Landarbeiter geregelt, die sich seit mehreren Jahren in Deutschland befinden.

Hanflotte und Bürgerbottich.

Nach Hamburg errang die SPD. in Bremen und Danzig neue Wahlsiege.



Die im Bottich: „Jetzt hatten wir gehofft, die Hansestädte würden uns ins Schlepptau nehmen, statt dessen segelt uns die ganze Flotte glatt davon!“

Hat Briand Poincaré befehrt?

Zwei Sonntagreden und ihr Widerhall.

Paris, 14. November. (Eigenbericht.)

Die große außenpolitische Rede, die Briand am Sonntag in Nantes, der Hauptstadt seines Wahlkreises, gehalten und in der er sein Bekenntnis zur Politik von Locarno wiederholt und jedem Einfluß zur Fortführung der deutsch-französischen Verständigungspolitik abermals überzeugenden Ausdruck gegeben hat, wird von der gesamten französischen Linkspresse rückhaltlos gebilligt. Die Organe der Rechten dagegen beschränken sich darauf, einige der wichtigsten Sätze wiederzugeben und enthalten sich jeden Kommentars. Die den Linksparteien nahestehenden Blätter sehen in der Rede nicht nur eine neue Bestätigung der Friedensabsichten der französischen Politik, sondern zugleich auch einen Beweis dafür, daß es Briand gelungen sein müsse, mindestens innerhalb des Kabinetts die Widerstände zu überwinden, auf die dort seine Politik bisher gestoßen ist. Einzelne Kommentare verweisen in diesem Zusammenhang auf die Möglichkeit, die sich Poincaré am Sonntag in seiner Verfolger Rede auferlegt hat und folgern daraus, daß dieser Wert darauf legt, nicht länger als Gegner der deutsch-französischen Verständigungspolitik zu erscheinen.

Der „Paris Soir“ erklärt, das demokratische Frankreich habe Deutschland am Sonntag nochmals die Hand zur Verständigung entgegengehalten. Es sei nunmehr Sache des demokratischen Deutschlands, dieses Vertrauen zu rechtfertigen. Dazu gehöre vor allem, daß das deutsche Volk dem unverantwortlichen Treiben seiner nationalistischen und imperialistischen Parteien ein Ende mache. Die letzten Wahlen in Deutschland hätten bereits einen Sieg der Linksparteien ergeben, und es sei zu hoffen, daß die nächsten Reichstagswahlen diese Entwicklung verstärken und damit zu einer Festigung des Friedens in Europa beitragen.

Slater entlassen.

Heute Interpellation im Unterhaus.

London, 14. November. (Eigenbericht.)

Dorset Slater ist am Montag aus dem Gefängnis Leitchfield entlassen worden. Ramsay MacDonald drückte, von der Entlassung in Kenntnis gesetzt, Pressevertretern seine Hoffnung aus, daß die Behörden jetzt eine nochmalige Untersuchung des Falles Slater vornehmen würden. Der Staatssekretär für Schottland, in dessen Ressort der Fall Slater fällt, wird am Dienstag in dieser Angelegenheit im Unterhaus interpelliert werden.

Bernachlässigt Preußen die Landwirtschaft?

Abrechnung mit deutschnationaler Demagogie im Landtag.

Der Landtag trat am Montag wieder zusammen. Der Präsident wies zunächst dem verstorbenen Abg. Deijen (D. Sp.) einen Nachruf. Hierauf beantragte zur Geschäftsordnung Abg. Raspre (Komm.) einen kommunisierenden Antrag, der die Aufhebung der Vertrauensfrage bei der Beratung der neuen preussischen Beamtenbefoldungsvorlage im Unterausschuss fordert, als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Da Abg. Dr. Kaehele (Dnat.) widerspricht, kann der kommunisierende Antrag nicht beraten werden.

Das Haus tritt nunmehr in die Tagesordnung ein. Die ursprüngliche als erster Punkt vorgesehene Beratung der neuen preussischen Befoldungsordnung kann noch nicht erfolgen, da der Hauptausschuss seine Arbeiten noch nicht beendet hat.

Ohne Debatte wird der Gesetzentwurf über Verlängerung der Geltungsdauer des Polizeistrafengesetzes dem Hauptausschuss überwiesen.

Angenommen wird in allen drei Lesungen der Gesetzentwurf zur Änderung der Bezeichnungen (Gerichtsschreiber) und „Gerichtsdieners“.

Hierauf werden die Gesetzentwürfe über die Bereitstellung von Zwischenkrediten zur Förderung des Wohnungsbaues und über den Ausbau des Steiner Hofens dem Hauptausschuss überwiesen.

Der Gesetzentwurf über die Bereitstellung von Krediten für die ostpreussische Mittel- und Kleinindustrie wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Debatte über die Unwetterschäden.

Es folgt die Beratung des Hauptausschussberichts über die von den einzelnen Parteien wegen der durch Unwetter und Ueberschwemmung entstandenen Schäden gestellten Anträge, die der Hauptausschuss in einem einzigen Sammelantrag zusammengefaßt hat. Nach dem Berichterstatter Abg. Dr. Wiemer (D. Sp.) erhebt das Wort:

Abg. Wittich (Soz.): Die Verhütung der Hochwasserschäden muß unsere dringende Sorge sein, denn es ist ein unerträgliches Verhängnis, daß alle Vierteljahre ganze Serien von Anträgen wegen Entschädigungen einlaufen. Vorbeugen ist hier wichtiger als alle Entschädigung, die natürlich immer mangelhaft bleibt. In dieser Beziehung muß Hand in Hand mit dem Reich gearbeitet werden. Die Anträge der Rechtsparteien sind vielfach übertrieben und aus agitatorischen Gründen gestellt. Wir erkennen durchaus nicht, daß die Landwirtschaft durch Unwetter Schaden erleidet hat, aber man kann nicht voraus eine allgemeine Notlage der Landwirtschaft konstruieren. Wir werden dem Hauptausschussantrag zustimmen, lehnen aber alle weitergehenden Anträge der Rechtsparteien und auch der Kommunisten ab. (Bravo bei den Soz.)

Abg. Dr. von Winterfeldt (Dnat.): Die Lage der deutschen Landwirtschaft ist heute besonders traurig. Wir weisen den Vorwurf der Sozialdemokraten, daß wir nur Vorklagen stellen, mit Entrüstung zurück. Schließlich hat auch eine Republik die Verpflichtung, in Not geratene Staatsbürger zu unterstützen.

Abg. Jacob-Rausch (K.): Wenn wir vom Zustand unabhängig werden und den deutschen Boden weidmüßig ausnutzen wollen, sind vorbeugende Maßnahmen gegen Hochwasserschäden notwendig.

Abg. Held (D. Sp.) erklärt sich für den Hauptausschussantrag und für die weitergehenden Anträge der Deutschnationalen.

Abg. Hoffmann (Komm.): Den größeren Landwirten ist bereits geholfen; notwendig ist die Hilfe für die kleinen Bauern. Der Hauptausschussantrag ist welche Salbe.

Abg. Meinte (Dem.) wendet sich gegen die deutschnationalen Anträge.

Abg. Peters-Hochmann (Soz.): Die Anträge der Deutschnationalen sind in der Tat Demonstrationsanträge. Selbstverständlich hat der Staat aus volkswirtschaftlichen Gründen die Verpflichtung, den in Not geratenen Bauern zu helfen. Aber gegenüber den Ausführungen des Abg. v. Winterfeldt muß einmal festgehalten werden, was der Staat bisher an die Landwirtschaft gegeben hat.

So sind im Jahre 1924/25 aus Staatsmitteln 104 Millionen,

1925 als Nothstandsbeihilfe 15 Millionen,

1926 17 Millionen gegeben worden.

1924 wurden allein von der Preussischen Staatsbank als sogenannte Ernteverbürgungskredite 140 Millionen Mark gegeben, ganz abgesehen davon, daß außerdem das Reich noch der Preussenkasse 100 Millionen Mark zur Finanzierung der Düngemittelgeschäfte zuführte.

Welcher andere Stand hat in Preußen eine solche staatliche Förderung erfahren?

Was hat demgegenüber das Reich getan, in dem doch die Deutschnationalen in der Regierung sitzen? (Sehr gut! bei den Soz.)

Kein anderes Land hat übrigens sonder für Restitutions ausgeben wie Preußen. Bei der Aufbringung der Mittel haben die Herren von rechts allerdings vollkommen verlagert, wie bei der Gestaltung der Hauszinssteuer. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Kiffan (Komm.) legt sich für die Regulierung der schwarzen Ester ein. Es sprechen noch die Abg. Kayser (D. Sp.), Bieler (Hann.), Mehenhla (D. Sp.), Kerschik (Dnat.) und Schmeyer (Soz.).

Der Hauptausschussantrag wird angenommen. Die Auszahlung bei der Abstimmung über den deutschnationalen Antrag, der die Erhöhung des Kontingentes der ausländischen Wanderarbeiter verlangt, ergibt die Beschlussunfähigkeit des Hauses. Der Punkt wird hierauf von der Tagesordnung abgesetzt und die nächste Sitzung auf Dienstag, den 15. November, mittags 12 Uhr, mit folgender Tagesordnung anberaumt: Eingabenberichte, Gesetzentwurf über Dienstvergehen der richterlichen Beamten, Anträge auf Aufhebung der Immunität von verschiedenen Abgeordneten, kleinere Vorlagen.

Der Kabinettsrat des Landtages beschloß, in dieser Woche nur noch am Dienstag zu tagen. Entgegen der ursprünglichen Absicht sollen auch in der nächsten Woche Plenarsitzungen stattfinden, und zwar von Dienstag bis Sonnabend. Ueber den weiteren Beratungsplan soll am Dienstag in einer neuen Sitzung des Kabinettsrats beschlossen werden.

Die Befoldungsordnung wird kaum vor dem 5. bzw. 6. Dezember zur Beratung kommen können. Für die erste Lesung des neuen Haushalts ist der 14. Dezember einstweilen in Aussicht genommen worden.

Im Lohnkonflikt der Eisenformer.

Die Verhandlungen führten zu einem Vergleichsvorschlag.

Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses von Groß-Berlin, Gewerberat Körner, hatte zu gestern nachmittag die Vertreter des Verbandes Berliner Metallindustrieller und des Metallarbeiterverbandes geladen, um den letzten Versuch einer friedlichen Verständigung im Konflikt der Berliner Eisenformer und Berufs-genossen zu machen.

Zu Beginn der Verhandlungen schilderte Genosse Ulrich vom Metallarbeiterverband noch einmal kurz

den Werdegang des Konflikts

und betonte in diesem Zusammenhang, daß es zu ihm wahrscheinlich nicht gekommen wäre, wenn der BBRM sich nicht so hartnäckig gegen einen Tarifabschluß für die gesamten Facharbeiter der Berliner Metallindustrie gewandt hätte. Er wies noch einmal die in den Verhandlungen am Dienstag voriger Woche von den Metallindustriellen erhobene Behauptung entschieden zurück, daß die Verdienste der Eisenformer hoch genug seien. Mit einem durchschnittlichen Stundenverdienst von 1,29 M. haben die Eisenformer noch nicht ihren realen Vorkriegslohn erreicht. Die Forderung nach einer 13prozentigen Lohnerhöhung sei gerechtfertigt durch die in den letzten Monaten eingetretene und noch ständig

fortschreitende Verteuerung sämtlicher Lebensmittel

und Bedarfsartikel. Der drohende Konflikt könne vermieden werden, wenn die Metallindustriellen ihren in der vorigen Woche vertretenen Standpunkt gründlich revidierten.

Der Syndikus Rechtsanwalt Oppenheimer protestierte zunächst gegen die Behauptung, daß der BBRM den Tarifabschluß hinterzögen habe, und erklärte, daß der Verband Berliner Metallindustrieller nach wie vor bereit ist, in direkten Parteiverhandlungen sich über einen Tarifabschluß zu verständigen. In einer unanständigen Stillsitzung versuchte er nachzuweisen, daß die Verdienste der Former, Kernmacher und Puher außerordentlich hoch seien und eine weitere Erhöhung auf keinen Fall gerechtfertigt.

Eine generelle Lohnerhöhung könne nicht in Frage kommen.

es könnten höchstens in einzelnen Betrieben, wo niedrige Verdienste beständen, Verbesserungen vorgenommen werden. Direktor Kremmer führte die Verdiensterhöhungen an, die in einzelnen Betrieben seit Mai d. J. eingetreten sind. Er versah aber zu sagen, daß diese Verdiensterhöhungen nicht durch Aufbesserung der Affordpreise zustande gekommen sind, sondern dadurch, daß die Arbeiter sie aus ihren Knochen herausgewirtschaftet haben. Er argumentierte, wie es bei allen Verhandlungen mit dem BBRM üblich ist, wieder mit den bedeutend niedrigeren Löhnen in der Provinz und versetzte sich zu der fähigen Behauptung, daß eine

Lohnerhöhung die Konjunktur abwürgen würde. Stenographisch erklärte er, daß er

die Former am Streik nicht hindern

würde, und daß man sich schließlich im Januar wieder an den Verhandlungstisch setzen könnte. Er behauptete weiter, daß von ihm befragte Arbeiter seines Betriebes ihm keine Erklärung dafür geben konnten, warum sie den Streikbeschuß gefaßt hätten. Nach seiner Meinung habe der Metallarbeiterverband die Geister gerufen, die er nun nicht mehr los werde.

Genosse Ulrich zog einen Vergleich sowohl mit den Löhnen, als auch mit den Leistungen der Former und Berufsgenossen in der Vorkriegszeit, und wies an einigen Beispielen nach, daß die Arbeiter aus der Nationalisierung nicht nur keinen Vorteil gehabt hätten, sondern

ihre Einkommen weit hinter dem der Vorkriegszeit

zurückbleibt. Noch längeren Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Firmeneinhabern, den Verbandsvertretern und Mitgliedern der Verhandlungskommission, wobei besonders Genosse Fiska und der Branchenleiter Schröder den Unternehmern antworteten, erklärte schließlich Rechtsanwalt Oppenheimer, daß der BBRM bereit sei, Zugeständnisse zu machen. An eine Bewilligung der aufgestellten Forderungen könne jedoch nicht gedacht werden, auch sei der BBRM zu Zugeständnissen nur deswegen bereit, um den Streik zu vermeiden. Dieses Entgegenkommen ändere jedoch nichts an der Auffassung, daß der BBRM die Löhne der Former für ausreichend und ihre weitere Erhöhung für wirtschaftlich schädigend erachte.

Gewerberat Körner machte schließlich den Vorschlag, die Frage zu prüfen, ob nicht die Durchschnitts-Affordverdienste in den einzelnen Betrieben aufgebessert werden könnten. Darauf zogen sich die Vertreter des

BBRM zu einer Besprechung zurück.

um ihre Vorschläge auszuarbeiten.

Es wurde schließlich vom Gewerberat Körner der Vorschlag gemacht, die Parteien sollen den Versuch unternehmen, sich in einer nochmaligen direkten Aussprache zu einigen. Diese direkte Aussprache führte jedoch eine Einigung nicht herbei. Mit Zustimmung der beiden Parteien wurde darauf eine Schlichtungskammer gebildet, die nach längeren Beratungen den Parteien eine Vereinbarung zur Annahme empfahl, die unsere Leser auf der ersten Seite des Hauptblattes finden. Die Erklärungsfrist über Annahme oder Ablehnung dieser Vereinbarung läuft bis Sonnabend vormittag 11 Uhr.

Sperrung die Verbände der Tabakarbeiter sperren zu können glauben, wird dieser Kampf sich recht hartnäckig gestalten. Die Gesamtheit der organisierten Arbeiterkraft steht hinter den Ausgesperrten.

Metallarbeiterstreik in Braunschweig.

Braunschweig, 14. November. (Eigenbericht.)

In Braunschweig sind am Montag die Belegschaften von drei Betrieben der Metallindustrie in den Streik getreten, weil die Unternehmer die Forderungen auf Lohnerhöhung ablehnten. Die Ausdehnung des Streiks auf weitere Betriebe ist sehr wahrscheinlich. Vorläufig sind an dem Streik 2000 Arbeiter beteiligt.

Streik der Elektromonteuere in Sachsen.

Dresden, 14. November.

Nach Mitteilungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes sind die Elektromonteuere in Chemnitz, Dresden, Leipzig und Plauen wegen Tarifstreitigkeiten in den Streik getreten. Der Streik beschränkt sich vorläufig auf die Firmen der AEG, Siemens-Schuckert, Siemens u. Halste, Böschmann und Prütz.

Verhandlungen in der badischen Textilindustrie.

Zwecks Regelung des Lohnkonflikts in der badischen Textilindustrie haben am Montag in Freiburg im Breisgau Verhandlungen begonnen. Die Arbeiterkraft besteht auf einer Lohnforderung von 15 Proz.; die Stundenlöhne von 23 bis 55 Pf. sollen auf 26 bis 63 Pf. erhöht werden und die Löhne der weiblichen Arbeiter von 22 bis 41 auf 26 bis 50 Pf. Ebenso wird eine entsprechende Steigerung der Afford- und Branchenlöhne gefordert.

Stillelegung der badischen Pflastersteinbetriebe.

In sämtlichen staatlichen Pflastersteinbetrieben Badens ist auf Anordnung der Oberdirektion des badischen Wasser- und Straßenbaues der Arbeiterkraft von den Betriebsleitungen gekündigt worden. Die Kündigung wird damit begründet, daß die zur Verfügung stehenden Gelder für die Straßenbepflasterung aufgebraucht, neue Geldmittel aber von der Regierung nicht bewilligt worden seien. Stellt die Regierung keine neuen Gelder zur Verfügung, dann werden einige hundert Arbeiter arbeitslos.

Schon mit Rücksicht auf den bevorstehenden Winter mit seinen besonderen unermesslichen Härten für die Steinarbeiter sollte die badische Regierung neue Vorstöße den Straßenbauämtern zur Verfügung stellen. Da die Kosten für die notwendige Bepflasterung der Straßen, besonders der verkehrsreichen, infolge der Verwendung des Klempflasters wesentlich vermindert worden sind, können die finanziellen Schwierigkeiten kaum überwindbar sein. Die Ausbesserung der Straßen ist in Baden wie im Reich gewiß kein Luxus. Für die notwendigsten und volkswirtschaftlich nughbringenden Arbeiten, die zugleich Hunderten von Arbeitern die Sorge um das tägliche Brot abnehmen, muß Geld vorhanden sein.

Die Raumnot des Arbeitsgerichts.

Vor kurzem haben wir darauf hingewiesen, daß die Räume, mit denen das Arbeitsgericht Berlin sich mehr schlecht als recht behelfen muß, durchaus unzureichend sind. Seit der Veröffentlichung unseres Artikels sind die aus der Raumnot des Gerichts entstandenen Mißstände noch schlimmer geworden. Nicht nur, daß man neue Sitzungszimmer ohne Beratungszimmer eingerichtet hat, sondern man greift schon zu dem Ausfallsmittel, nämlich vorhandene Beratungszimmer als Sitzungszimmer zu benutzen und Parteien, Zeugen und Zuschauer während der Beratung auf den Korridor zu schicken. So entsteht auf den engen, dunklen, nicht ventilierten Korridoren, die als einzige Warterräume für das Publikum dienen, ein unheimliches Gedränge und eine unerträglich verschlechterte Luft. Diese Mißstände sind geradezu skandalös und fordern schleunige Abhilfe.

Kürzlich hieß es, das Arbeitsgericht solle in dem früher von der Kunstgewerbeschule demutzten Gebäude in der Prinz-Albrecht-Straße untergebracht werden. Die Absicht ist an der zuständigen fiskalischen Stelle vorhanden, es fragt sich aber, ob sie zur Ausführung kommt. Für den Fiskus spielt nämlich der Kostenpunkt eine große Rolle. Zwar ist das Haus der ehemaligen Kunstgewerbeschule fiskalisches Eigentum, aber der Fiskus hat zurzeit kein Verfügungsrecht über sein Haus. Er hat es nämlich, als die Kunstgewerbeschule auszug an den Kahn-Konzern bis zum Jahre 1931 vermietet. Der Kahn-Konzern braucht für seine Zwecke nur einen Teil des Gebäudes. Den größten Teil hat er weitervermietet. Unter anderem weil ein Finanzamt als Untermieter im Hause.

Der Kahn-Konzern ist bereit, zwei Geschosse des Hauses dem Fiskus für das Arbeitsgericht zu vermieten. Der geforderte Mietpreis erscheint dem Fiskus aber zu hoch und deshalb liegt die Gefahr nahe, daß die zurzeit zwischen dem Fiskus und dem Kahn-Konzern schwebenden Verhandlungen an der Kostenfrage scheitern und die Raumnot des Arbeitsgerichts für unabsehbare Zeit bestehen bleibt.

Es ist eine Ironie, daß der Fiskus jetzt seine liebe Not hat, um als Untermieter in sein eigenes Haus einzuziehen, das er vor Jahren vornehmlich vermietet hat. Die in Aussicht genommenen Räume würden wohl für das Arbeitsgericht passend sein. Jedenfalls kann es in den Räumen, die es jetzt inne hat, nicht bleiben, also müssen schleunigst geeignete Räume beschafft werden, möglichst in der Nähe der alten.

Bersammlung der Berliner Handseher.

Der Vorstand wiedergewählt.

Sonntag vormittag nahm die seit November vergangenen Jahres im Ortsverein des Buchbinderverbandes bestehende Vereinigung der Berliner Handseher in einer gut besuchten Bersammlung in „Alteis Hofstätten“ die Berichte über das erste Vereinsjahr entgegen.

Der Spartenvorsitzende Pleisch gab in seinem ausführlichen Geschäftsbericht Aufschluß über die Tätigkeit des Vorstandes während des ersten Jahres, das ein Jahr des Aufbaues gewesen sei. Obwohl die einzelnen Handsehervereinigungen noch nicht auf ein langes Bestehen zurückblicken können, nahmen doch bereits die Experten der Handseher an den letzten Montellarifer-Verhandlungen teil. Eine Reihe von Sitzungen und Bersammlungen wurden abgehalten, die zum Teil durch auf-

läurende Vorträge ausgefüllt waren. Umfangreiche Arbeit ist auf dem Gebiet der Bildungsbestrebungen geleistet worden. Die Sparten haben in Gemeinschaft mit der Dringruppe des Bildnerverbandes ein Bildungsprogramm ausgearbeitet. Durch Kurse in allen Zweigen des Buchdruckgewerbes sollen die beruflichen Kenntnisse erweitert werden. Die Handsehervereingung zählt gegenwärtig rund 2500 Mitglieder. Auch die noch Fernstehenden für die Vereingung zu gewinnen, mußte eine Aufgabe für die Zukunft sein.

Zur Lohnfrage führte Pleisch aus, daß es die Unternehmerrangmition nach einer Umstape unter ihren Mitgliedern nunmehr endgültig ablehnte, in Lohnverhandlungen einzutreten, solange der bestehende Tarif Gültigkeit hat. Der Tarif ist allgemeinverbindlich. Die Lohnvereinbarung läuft bis zum 31. März 1928. Diesen Umstand suchen die Unternehmer, ungeachtet der inzwischen eingetretenen Lenarung, rückwärts für sich auszunutzen. Bei späteren Lohnverhandlungen muß in erster Linie auf eine Aufbesserung der Handseherlöhne hingewirkt werden.

Der gedruckt vorliegende Kassensbericht wurde von Eichholz erläutert. Die Kasse konnte trotz vielseitiger Ausgaben am 30. September mit einem Bestand von fast 3500 M. abschließen.

In der Diskussion ließen die Kommunisten alle Klagen springen, um nachzuweisen, daß der bisherige Vorstand nichts getan habe und durch eben neuen (kommunistischen) ersetzt werden müsse. Von einem ihrer Redner wurde aber zugegeben, daß zwar die Arbeit des Vorstandes gut sei, daß ihm aber die Richtung nicht gefalle.

Die durch Zeittel vorgenommene Wahl des Vorstandes hatte nach vorläufiger Feststellung folgendes Ergebnis: 400 Stimmen wurden für die Liste der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung und 130 für die kommunistische Liste abgegeben, neun Stimmen waren unglücklich. Somit bleibt Genosse Pleisch auch weiterhin Vorsitzender der Berliner Handsehervereingung. Die Kommunisten, die Gabbay als Vorsitzenden präferierten hatten, haben die wahrverblante Niederlage erlitten.

Der Streik in der westdeutschen Kanalschiffahrt.

Entgegen anderslautenden Meldungen haben sich die Streikenden in der westdeutschen Kanalschiffahrt bisher keineswegs gewiegt, leicht verderbliche Lebensmittel zu fischen. Die Streikaktion wurde in der ganzen westdeutschen Kanalschiffahrt einheitlich durchgeführt. In sämtlichen Hafenplätzen ruht die Arbeit. Die von dem Deutschen Verkehrsband beantragte Bersindlichkeitsklärung des Schiedspruches für die Kanalschiffahrt ist, wie wir erfahren, offiziell abgelehnt worden.

Die Aussperrung der Zigarrenarbeiter.

Noch keine Gesamtübersicht.

Die Gesamtaussperrung der Zigarrenarbeiter und -arbeiterinnen sollte vom gestrigen Tage ab vollständig sein. Anwelweit der Beschluß des Reichsverbandes der Zigarrenhersteller durchgeführt ist, läßt sich noch nicht übersehen.

Neue Meldungen liegen vor, aus Heilbronn, wo die vor fünf Tagen erfolgte Kündigung von 1100 Arbeitern abgelesen ist, und aus Arnstadt und Plaue in Thüringen, wo etwa 170 Personen von der Aussperrung betroffen wurden.

Nach dem Verhalten der Unternehmer, die durch ihre Aus-

Königs, SPD.-Zigarbeiter! Am Donnerstag, 17. November, 1925 Uhr, in Schloßes Hofstätten, Brückenstr. 2. Bersammlung aller SPD.-Genossen. Sehr wichtige Tagesordnung. Vollständige Berseteiligung erwartet. Der Realisationsvorhaben.

Königs, SPD.-Zigarbeiter! Am Mittwoch, 18. November, bei 6 Ubr, in Schloßes Hofstätten, Brückenstr. 2. Bersammlung aller Parteigenossen. Bersprechung des Realisationsvorhaben. Die Tagesordnung ist das Erscheinen aller Genossen bringende Pflicht. Der Realisationsvorhaben.

Teile Gewerkschaftsligen des Groß-Berlin. - Heute, Dienstag, 19. Uhr, tagen die Gruppen: Feinhandwerker, Gruppen des Südlichen Jugendheim, Vortag: 18. November, 1. Vortag: „Gewerkschaften und Arbeiter.“ - Handwerker: Blau, Gruppen des Südlichen Jugendheim, 2. Vortag: „Kahn-Konzern.“ - Gruppen des Südlichen Jugendheim, 3. Vortag: „Kahn-Konzern.“ - Gruppen des Südlichen Jugendheim, 4. Vortag: „Kahn-Konzern.“ - Gruppen des Südlichen Jugendheim, 5. Vortag: „Kahn-Konzern.“ - Gruppen des Südlichen Jugendheim, 6. Vortag: „Kahn-Konzern.“ - Gruppen des Südlichen Jugendheim, 7. Vortag: „Kahn-Konzern.“ - Gruppen des Südlichen Jugendheim, 8. Vortag: „Kahn-Konzern.“ - Gruppen des Südlichen Jugendheim, 9. Vortag: „Kahn-Konzern.“ - Gruppen des Südlichen Jugendheim, 10. Vortag: „Kahn-Konzern.“

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Axel Hegge; Schriftföhrer: G. Altmeppen; Gewerkschaftsberatung: J. Steiner; Redaktion: A. G. Richter; Dolmetscher und Sonstiges: Fritz Karst; Anzeigen: H. Glöde; Vertrieb in Berlin: Verlag: Germania-Verlag G m b H, Berlin; Druck: Buchdruckerei und Verlagsanstalt: Carl Singer & Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 2, hieran 2 Telefonen und Unterhaltung und Wäfen.

Wie gut muß er sein!

... mehr als 33 Millionen Tassen Kathreiners Malzkaffee werden täglich getrunken. Und - es wird viel Geld dabei gespart, denn:



Die gute Suppe

als Einleitung der Mahlzeit erzeugt Behagen. Auf einfache, schnelle und bequeme Weise bereiten Sie gute Suppen nach der jedem Würfel aufgedruckten Kochanweisung

aus MAGGI'Suppen in Würfeln



Platz dem Verkehr!

Interessante Zahlen. — Straßen und Plätze. — Schutz dem Menschenleben!

Auch von denen, die den täglich wachsenden Verkehr in Berlin mit Interesse verfolgen, werden sich die wenigsten eine Vorstellung von den wirklichen Zahlen machen können. Sie sind in der Tat überwältigend. Während wir im Vorjahre schon über eine tägliche Zunahme von 25 Autos staunten, müssen wir jetzt mit über 80 neuen Autos Tag für Tag, mit 2500 Zunahme im Monat rechnen. Die Zahl der Autos ist vom Januar bis jetzt von 40 000 auf 65 000 gestiegen, sie hat sich in den letzten drei Jahren verdreifacht, während die Zahl der Pferde in der gleichen Zeit um ein Drittel gesunken ist (von 45 000 auf 30 000). Wir werden auch bei vorsichtiger Schätzung damit zu rechnen haben, daß wir in längstens fünf Jahren die Zahl von 200 000 Autos in Berlin überschritten haben.

Es versteht sich von selbst, daß sich die Straßenbau- und Verkehrsplanung der Reichshauptstadt aus allerschleunigster auf diese noch vor kurzer Zeit kaum geahnte Tatsache einstellen muß, wenn sie nicht von der Entwicklung überholt werden und eines Tages vor ganz unmöglichen Zuständen stehen soll. Dazu gehört vor allen Dingen der Durchbruch neuer Straßenzüge zur Entlastung der meistbenutzten Straßen in der City, eine planmäßige Umgestaltung aller für den Verkehr wichtigen Straßen nach verkehrstechnischen Gesichtspunkten und eine verkehrstechnisch richtige Ausgestaltung der großen Kreuzungspunkte. Auf Sentimentalitäten, auf historisch Gewordenes kann dabei nur bedingt Rücksicht genommen werden. Das Interesse des Verkehrs, das gleichbedeutend ist mit dem Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung und der Arbeitsschaffung in der Reichshauptstadt, und die Sicherheit des Verkehrs, die gleichbedeutend ist mit dem Schutz des Menschenlebens, müssen unter allen Umständen den Vorrang für sich beanspruchen. Dafür ist gerade die Sozialdemokratie von jeher eingetreten und wird sie auch weiter eintreten, unbeflunnt um die Anriffe aller derer, die die Forderungen der Gegenwart und der nächsten Zukunft auf diesem wichtigen Gebiete nicht zu begreifen vermögen. Um was es sich im einzelnen dabei handelt, mag an dem gerade jetzt zur Debatte stehenden Projekt der

Neugestaltung der Nord- und Sneyfenaufstraße

kurz erläutert werden. Die Sicherheit des Verkehrs verlangt in allen wichtigeren Straßenzügen, daß die schnellsten Verkehrsmittel in die Mitte auf einen eigenen Gleiskörper gelagert werden, während den Autobus usw. getrennte Fahrbahnen zugewiesen werden, auf denen ein Zusammenstoß sich begegnender Wagen nicht möglich ist. Nun war die Sneyfenaufstraße bis jetzt eine relativ stille Wohnstraße, sie wird aber in aller nächster Zukunft als Teil der großen Entlastungs-Ringstraße einen außerordentlich hohen Verkehr erhalten. Notwendigerweise muß also die dem bisherigen Charakter angepasste Anordnung der Fahrwege nunmehr der für die Zukunft einzugestaltenden verkehrstechnisch richtigen Regelung weichen. Das ist hier verhältnismäßig einfach zu machen, weil einfacher jedenfalls als z. B. in der Rhein- und Schloßstraße, wo die schönen Baumreihen der Notwendigkeiten des Verkehrs zum Opfer fallen müssen. Und trotzdem hat sich unter den Anwohnern des Straßenzuges ein regelrechter Proteststurm erhoben. Warum? Der Regelung muß der mitten auf der Straße gelegene Kinderspielplatz weichen, dessen Anlage in einer dem Verkehr geräumten Straße sicherlich auch an und für sich nicht als besonders glücklich angesehen werden kann. Er wird in einer neuen, verkehrsmäßig geeigneten Straße wiedererstehen. Und weiter müssen an die Stelle der einheitlichen Mittelpromenade von 11 Meter Breite zwei Promenadenwege von je 8 Meter Breite treten. Ist das ein Verlust? Sollte man deswegen eine Verkehrsregelung wählen, bei deren Unzulänglichkeit täglich Menschenleben aufs Spiel gesetzt werden müßten? Das wäre aber der Fall, wenn man dem Vorschlag folgen wollte, die Gleise seitlich neben die Promenade zu legen; denn dann erhält die allerverkehrsreichste Kreuzung Belle-Alliance-Straße — Sneyfenaufstraße — Nordstraße ein über den ganzen Platz verstreutes Schienennetz,

das Autos wie Menschen ein geordnetes Überqueren des Platzes schlechterdings zur Unmöglichkeit machen würde. Wir sind leider noch auf sehr lange Zeit hinaus — auch in der City —

auf die Straßenbahn angewiesen.

Der Traum, daß wir sie schon in kürzester Frist dort entbehren könnten, läßt sich nicht verwirklichen. Der Ausbau des Schnellbahnnetzes in dem Umfange, wie er bei einem Verzicht auf die Straßenbahn im Innern der Geschäftstadt notwendig wäre, wird noch etwa 20 Jahre in Anspruch nehmen. Bis zu dieser Zeit muß aber die Straßenbahn ihren Zweck als Zubringerin und Ableiterin des Schnellbahnverkehrs in vollem Umfange erfüllen. Es geht nicht an, sie gerade von den wichtigsten Verkehrsnotenpunkten fernzuhalten und etwa die jetzt zum Halleschen Tor führenden Linien zur Entlastung der Belle-Alliance-Straße umzuverlegen oder frühzeitig endigen zu lassen. Tatsächlich ist aber von sehr ernsthafter Seite sogar dieser Vorschlag gemacht worden, nur, um die „einheitliche“ Promenade in der Sneyfenaufstraße unter allen Umständen zu erhalten. Wir glauben, daß das Interesse von Tausenden von Arbeitern, Angestellten und Beamten, die täglich am Halleschen Tor aussteigen oder umsteigen, wichtiger ist als die Frage, ob eine 11 Meter breite Mittelpromenade besser ist als zwei 8 Meter breite Seitenpromenaden.

Vor allem aber gilt es, das Leben derjenigen zu sichern, die unsere öffentlichen Verkehrsmittel zu benutzen gezwungen sind. Das ist nicht möglich, wenn man all diese Millionen Menschen zwingt, mitten im Autoverkehr auf der Straße selbst oder auf sogenannten Schutzgängen zu warten, sondern nur, wenn man den Straßenbahnkörper beiderseitig mit Promenaden oder Schutzstreifen umgibt. Damit ist zugleich auch demjenigen Teil der arbeitenden Bevölkerung gebietet, der Last- und Privatwagen zu fahren hat. Platz dem Verkehr! Das heißt: Sicherheit dem Verkehr! Das heißt: Schutz dem Menschenleben! Und Promenaden wie Bäume, ja selbst historische Bauwerke, Torhäuser und andere Gebäude müssen fallen oder verlegt werden, wenn der höhere Zweck es verlangt. Wir bejahen die Entwicklung — die Zeit der Maschinenstürme ist endgültig vorbei —, wir können die Entwicklung nicht hindern, und wir wollen es nicht. Darum suchen wir bewußt die Wege, um sie zu meistern.

Die Perücke.

Schaufrisieren in den Kammerjalen.

Dies soll nicht etwa der Schwammengelang des heißgeliebten, vielumtrittenen Bubikopfes sein. Ganz im Gegenteil, denn die abendliche Perückenfrisur zeigt keinerlei Lockengewinde oder gar Zopfesprache, sondern sie ist ebensolche glatte Bubikopf, jedoch mit allerlei kunstvollen Variationen, die man am eigenen Haar mangels Fülle und richtiger Proportion nicht ja schon herstellen kann. Bei Tage bleibt es beim Original-Bubikopf, des Abends stülpt man die zweite, verbesserte Auflage darüber.

In den Kammerjalen, Teftower Straße, veranstaltete der Damenfrisier- und Perückenmacher-Gesellschaftverein 1884 seinen 2. Modesabend. Man wollte dem Nachwuchsgeliebten geben, technische Fertigkeit und Begabung auf dem Gebiet der Friseurkunst zu zeigen, und so waren die 25 kunstfertigen Figaros durchweg junge Leute; merkwürdigerweise befand sich kein einziges weibliches Wesen unter den Kandidaten. Die Mitte des Saales gliederte eine Theatergarderobe. An langen Tischen stand Spiegel an Spiegel, daneben lagen Kamm, Bürste, stand das Brillantinetäpchen und was sonst noch an Friseurutensilien gebraucht wird. Ringsherum sah ein zahlreiches Publikum, in der Hauptrolle die Friseurleute, unter anderem auch der Besitzer eines der größten Friseurjalous von New York. Unter Musikklängen zogen dann die Fri-

seure und ihre Modelle ein. Die vorgearbeitete Perücke wurde am Kopf der Trägerin kunstgerecht ausfrisiert. In der Hauptrolle wählte man graues Haar, das zu den jugendlichen Gesichtern einen pikanten Kontrast bildete, blond und rot, da helle Farben besser wirken als dunkle. Dann galt es, innerhalb 50 Minuten eine ebenso schöne, wie technisch einwandfreie Frisur zu liefern. Der abendliche Bubikopf zeigt vorn und an den Seiten Wellen und Böckchen, rückwärts liegt das Haar ziemlich glatt am Kopf an. Die technisch beste Lösung der gestellten Aufgabe besteht darin, die Perücke so gut auf dem Kopf zu befestigen, daß weder am Stirnanfang, noch am Nacken irgendein künstlicher Übergang zu sehen ist. Die Frisur selbst muß sauber, busig und fleißig sein. Wer also all diese Punkte einer „haarigari“ prüfenden Jury erfüllt, der wurde prämiert. Die Preisrichter mochten bei der Perückenfrisur gar nicht mit, da das Haar in Wasserwellen gelegt wird, die dann mit Kamm, Bürste, ja, sogar mit dem Zahnbürstchen über den Fingern nach jeder beliebigen Richtung hin verteilt werden. Eine unendlich mühselige Arbeit, so daß die geübten Hände fast eine Stunde brauchen, um das bereits vorfrisierte Haar dem Gesicht entsprechend zu drapieren. Ein Musikstück verkündete dann den Ablauf der gegebenen Frist und 25 wohl wohlfrisierte Köpfe, alle stark nach der Seite gewandt, zeigten sich den geistreichen Herren am grünen Tisch.

Hierauf zeigten noch zwei Pariser Sieger ihre Kunst, mit denen sie beim letzten Wettbewerb die französische Konkurrenz geschlagen hatten. Außer der Perückenfrisur prophezeit man für den Abend noch die sogenannte Plastikfrisur; hier wird das eigene Haar mit Schminke und ähnlichen Mixturen präpariert und dann mit Gold- oder Silberfäden beklebt. Nach dem Fest wäscht man die Herrlichkeit wieder ab.

Erkrankungen in einer Gemeindeschule.

Auf Veranlassung der zuständigen Aufsichtsbehörde ist die 8. Klasse der 2. Pankower Volksschule in der Grünaustraße auf einige Tage geschlossen worden. In der vorigen Woche erkrankten von den etwa 40 in dieser Klasse untergebrachten Kindern rund 30 unter den gleichen Erscheinungen. Bei den Kindern trat Erbrechen, zum Teil leichte Temperatursteigerung, bei allen aber eine gelbliche Färbung der Haut auf. Auf Grund der von den Eltern gemachten Angaben ließ der Rektor die Kinder durch den zuständigen Schularzt untersuchen, der jedoch zu einem abschließenden Urteil bisher noch nicht gelangt ist. Erreicherungswise verlaufen alle beobachteten Fälle durchaus gutartig, und man hofft, die Klasse in den nächsten Tagen wieder eröffnen zu können. Die Schließung erfolgte hauptsächlich aus Vorsichtsgründen, da immerhin der Verdacht bestand, daß die erkrankten Schüler — es handelt sich um Kinder im Alter von 6 bis 8 Jahren — andere Schulklassen anstecken könnten. Dem Hauptgesundheitsamt ist Meldung gemacht worden, das das Vorgehen des Schulrates und des Schularztes vollkommen gebilligt hat. Ueber die Ursache der Erkrankungen konnte bis jetzt noch nichts Sicheres festgestellt werden.

Sonderzüge am Bußtag und am Totensonntag.

Die Reichsbahndirektion Berlin teilt mit, daß zur Vermittlung des Friedhofsverkehrs am Mittwoch, dem 16. (Bußtag), sowie am 20. dieses Monats (Totensonntag) außer den jahresplanmäßigen Zügen nach Magdeburg und Ahrensfelde-Friedhof noch nachstehende Züge zur Entlastung gefahren werden: ab Berlin-Briegener Bahnhof 8,28, 9,24, 9,53, 11,05, 11,42, 12,37 13,32, 14,47 Uhr. Sämtliche Züge fahren neun Minuten später vom Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde ab, auf dem außerdem am 13,08, 14,15 und 15,48 Uhr Züge eingeführt werden. Die Rückfahrt von Ahrensfelde-Friedhof erfolgt um 10,19, 10,50, 11,52, 12,25, 13,18, 13,55, 14,26, 15,07, 15,44 und 17,23 Uhr.

Außer den von der Stadtbahn nach Stahnsdorf am Bußtag und am Totensonntag in Abständen von 30 Minuten verkehrenden Zügen werden nach Bedarf vom Bahnhof Charlottenburg aus Entlastungszüge eingeführt werden.

Feuer im Restaurant Kugelschloßchen. Im Dachstuhl des Restaurants Kugelschloßchen brach gestern aus noch unbekannter Ursache Feuer aus, das größeren Umfang anzunehmen drohte. Durch das tatkräftige Eingreifen der Drüsmehr gelang es jedoch, das Feuer in kurzer Zeit Herr zu werden. Die auf den Alarm herbeigeeilten Bedienen der umliegenden Ortschaften konnten, ohne eingreifen zu müssen, wieder abrücken.

Zement.

Roman von Fjodor Gladkow.

Und Luchawa lief hin und her, seine bronzefarbene Haut leuchtete, Feuer war in seinen Augen, und seine Haare loderten aus der Ferne in schwarzen Flammengungen.

Auf dem Werke hatten die Elektromonteur die Arbeit der Wiederherstellung der elektrischen Anlage begonnen. In den Arbeiterwohnungen wurden wieder Lampen (aus den Vorräten des Werkes) eingedreht und ihre Birnen erglänzten mit dem breiten Lächeln der sich in ihnen widerspiegelnden Fenster und gleich ihnen lächelten die Weiber und Kinder, auf den Gesichtern der Arbeiter schmolz in frohen Vorahnungen der Hungerstaub.

In der Schlosserei fabrizierte man keine Feuerzeuge mehr. Dort gab es andere Arbeit: im Wirbel des eisernen Antriebs, Pfeisens, Fischens und Klingens erstanden wieder die Maschinen zu neuem Leben. Von den Werkstätten in die Maschinengebäude und wieder über den Hof in die Werkstätten gingen Arbeiter in blauen, mit Kupferlöcher untermischten Blusen. Nur Lofschak und Gromada waren nicht dabei; sie hatten andere Sorgen — das Fabrikomitee. Und in dem Fabrikomitee im Souerrain, in der Fabrikleitung, in den Zimmern, die von Zement und Tabaksqualm durchtränkt waren, staute sich das Volk — stampfte mit seinen Stiefeln von Tür zu Tür, und die Wände und Fensterscheiben zitterten von dem Geschrei und dem brüllenden Gelächter.

Fabrikomitee. Vergrößerte Rationen. Verteilung der Kräfte. Bremsberg. Metallwirbel in der Schlosserei. Flüssiges Brennmaterial. Morgen kommt der Dynamo in Bewegung, und in der Nacht wird das Werk die Augen öffnen.

Oljeb (er war der Bevollmächtigte der Arbeiter bei der Fabrikleitung) lief schweißtriefend herum, lachte, griff selber zu den Werkzeugen, schnitt, sägte, bohrte und konnte mit dem Tempo seines Herzens nicht Schritt halten.

Ost lief er zu Brynja und Brynja empfing ihn mit einem Geschrei, das die ganze Maschinenabteilung erfüllte.

„Ho, ho, Armeekommandant... Die Sache geht... Die Maschinen sind längst bereit... Brennmaterial, Brennmaterial, Armeekommandant!... Nur Brennmaterial — sonst nichts... Da du aus der Unterwelt erschienen bist,

werden wir das Karussell schon laufen lassen... Ich mußte es... Dein Schädel ist genau so eine Maschine wie meine Dieselmotore. Brennmaterial, Naphtin und Benzin... Nur Brennmaterial... Wenn du es nicht in zwei Tagen bekommen wirst, werde ich mich zusammen mit den Dieselmotoren in die Luft sprengen... Und wenn ich in die Luft fliegen werde, packe ich dich an deinen Weinen...“

Und zwischen den Maschinen arbeiteten, stöhnten, bohrten und klirrten seine Mitarbeiter, die ihm alle ähnlich waren. Er zwinkerte ihnen zu, winkte ihnen mit seinem Käppi und zeigte freudig lächelnd seine Zähne.

„Siehst du? Die Brüder arbeiten mit allen Fasern. Der Mühsiggang und das leere Schwätzen der letzten Jahre ist vergessen... Das sind eben die Kräfte der Maschinen. Solange die Maschinen leben, kann man von ihnen nicht weglassen. Die Sehnsucht nach der Maschine ist stärker als die Sehnsucht nach der Liebsten...“

Und wieder schrie er, daß das ganze Gebäude dröhnte, wie toll: „Brennmaterial, Brennmaterial!... Zehn Zisternen! Fürs erste wird es genug sein... oder ich mache aus dir einen Brei, du Armeekommandant...“

Zusammen mit Ingenieur Kleist, mit den Technikern und den Arbeitern der Steinbrüche gingen sie in die Schluchten, über die Ausbeutungslächen, die mit Gras bewachsen waren. Ernst und schweigsam, mit Augen, die tief in den Höhlen saßen, untersuchte Ingenieur Kleist die alten Bremsberge. Zwei Techniker vom alten Dienstpersonal gingen nach alter Tradition gewohnheitsgemäß zwei Schritte hinter Ingenieur Kleist und liefen, mit flüsternder Bereitwilligkeit auf das erste stumme Winken seines Kopfes wartend, zu ihm. Aber Oljeb fühlte, daß Ingenieur Kleist nur ihn kannte und nur durch seine Kraft den Kopf auf seinen Schultern trug. Und wenn er mit den Technikern sprach, fühlte Oljeb, daß er nur mit ihm, mit Oljeb sprach und nur von ihm Worte erwartete, denen er sich nicht widersetzen konnte.

Man beschloß: die ganze Transportanlage zu reparieren und vom oberen Plateau des Bruchhauses die Linie des Bremsberges bis zum Gipfel auf eine Höhe von achthundert Meter zu führen.

Und einmal, in seinem Arbeitszimmer sitzend (das Fenster war schon weit offen), sagte Ingenieur Kleist, nachdem er das Budget fertiggestellt hatte: „Wenn wir die Garantie haben, daß das Budget vollständig gedeckt wird und Arbeiterhände gesichert sind, werden wir mit Erfolg die Arbeit im Laufe eines Monats ausführen können.“

Oljeb bückte sich zu seinem Gesicht und schlug mit der Handfläche auf das Papier.

„Genosse Techniker, die Arbeit muß in vier Arbeitstagen ausgeführt werden. Fünftausend Arbeiter stehen zu Ihrer Verfügung. Das Material bekommen Sie durch die Fabrikleitung sofort auf Ihre erste Anforderung. Wenn sabotiert werden sollte, so werde ich im Sturm alles erzwingen: wir haben schon andere Festungen bezwungen. Nicht ein Monat — vier Tage, Genosse Techniker! Merken Sie sich das und gehen Sie fest auf dieses Ziel los.“

Ingenieur Kleist sah ihn aufmerksam an und lächelte zum ersten Male ein blaßes Lächeln.

Die Böttcherei ist momentan eine unnütze Scheune: das Dach ist zerbrochen — Steine, Kinderunarten. Auf den Fenstern und den unbeschädigten Scheiben Schutt. Die Werkstücke, die Transmissionen, die zahnfleischenden Sägen mit einer Rostkruste — waren mit Berg- und Landstraßenstaub wie mit Reis dicht bedeckt: die Arbeit des Totengräbers Wind. Und überall blaues, nebliges Licht. Waren die Werkstücke, Sägen, die unfertigen Fässer nicht schon vor drei Jahren blau und durchsichtig wie Eis durch dieses Licht?

Oljeb lief auch dorthin und blieb beim Eingang stehen. Früher brannten hier goldene Späne in feurigen Spiralen, und die Böttcher selber, voller Späne und funkelnder Splitter, waren trunken und fröhlich vom Weingeruch des Holzes und vom Sirenengefang der Sägen.

Oljeb ging nicht weiter: hier friert das Hirn ein. Es wird schon die Stunde auch für die Böttcherei kommen: wieder werden die Späne erglänzen, werden Splitter fliegen, wieder werden die Sägen sich ihrer jungen Vieder erinnern...“

Er wollte weggehen — Arbeit, Arbeit, überall Arbeit... blieb aber stehen, ein Lachen hüpfte auf seinen Wangen. Samischuk. Er sah mit dem Rücken zu Oljeb gewendet vor seinem alten Werkstück, sah ihn von allen Seiten an, spielte mit dem Fuß des Sägebodes, versuchte seine Dauerhaftigkeit, schlug mit der Faust auf ihn, und der Sägebock knarrte und hustete wie ein weiser Greis.

„Ha, ha, trädch du Ungeheuer, du?... Bring deine Knochen in Ordnung, du Zahnloser!... Hast noch nicht vergessen? Spürt noch was?... Ha, ha!“

Er ging barfuß zu den Sägen und streichelte die eisigen Scheiben mit seiner breiten Pote, und sie tönten ihm wie ferne Seufzer entgegen, wie im Traume.

(Fortsetzung folgt.)

Religiöse Sozialisten und Klassenkampf.

Auf der Berliner Tagung des Landesverbandes Preußen vom Bund religiöser Sozialisten Deutschlands begann die Sonntagssitzung mit einer religiösen Feierstunde. Die am Sonnabend abgebrochene Besprechung des Tätigkeitsberichtes (vgl. "Vorwärts", Sonntagsummer) wurde fortgesetzt, wobei auch der Genosse Kling aus Holland das Wort nahm. Vorsitzender Göring teilte mit, daß auf dem nächsten Kongress des Bundes auch Schweizer, Engländer und Franzosen vertreten sein werden, und daß internationale Beziehungen religiöser Sozialisten sich anbahnen.

Die von Bichowski-Kreuzfeld vorgelegte Entschließung, die eine Kundgebung zu den kommenden Reichstagswahlen ist, wurde einstimmig angenommen. Sie richtet sich gegen die Absicht der Deutschnationalen, ihr "Christentum" vor ihren Wogen zu spannen, und kündigt an: "Die religiösen Sozialisten werden mit allem Nachdruck davon Bekenntnis ablegen, daß sie gläubige Christen und zugleich entschlossene Sozialisten sind. Sie werden dafür sorgen, daß die deutschnationale Annahme, als sei die deutschnationale Partei eine "christliche Volkspartei", zurückgewiesen wird von gläubigen Christen, die es sich verbitten, daß eine Politik im Namen Christi getrieben wird, die mit Notwendigkeit zu neuen Kriegen und zur Unterdrückung der arbeitenden Massen führen muß." Und am Schluß wird erklärt: "Die religiösen Sozialisten sind überzeugt, daß es keinen größeren Widerspruch gibt als lebendiges Christentum und kapitalistische Ordnung. Sie sind, gerade weil sie Christen sind, sozialistische Kämpfer geworden, die einsehen, daß nur durch eine grundlegende Neuordnung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse die Not der Mühseligen und Beladenen gelindert werden kann. Die Parole der religiösen Sozialisten im kommenden Wahlkampf wird sein: Im Namen des Christentums gegen den Kapitalismus, für den Sozialismus." Einstimmig wurde auch die von Göring, Berlin und Ebert-Wannheim vorgelegte Entschließung zur Frage des Klassenkampfes angenommen. Sie lautet in ihren Hauptpunkten: "Der Bund der religiösen Sozialisten ist eine Gemeinschaft von Klassenbewußten Sozialisten, die erkannt haben, daß neben dem wirtschaftlichen und politischen Kampf auch ein Kampf auf dem Gebiet des sittlich-religiösen Lebens notwendig ist, wenn die sozialistische Ordnung Wirklichkeit werden soll. Dieses Bekenntnis zur sozialistischen Kampfgemeinschaft stellt den religiösen Sozialisten in die Reihenfront der sozialistischen Arbeiterschaft. Antimärkische Propaganda ist vom Boden des Bundes der religiösen Sozialisten aus unmöglich. Für den religiösen Sozialisten ist es selbstverständliche Pflicht, den Klassenkampf als einen der Arbeiterschaft von den besitzenden Klassen aufgezwungenen Kampf mitzukämpfen."

Heber Reubells Reichsschulgesehenswurf sprach die Landtagsabgeordnete Genossin Wegscheider. Sie zeigte die zu befürchtende Schädigung des Schulwesens, wandte sich scharf gegen die Bekenntnisschule und forderte, daß für das Schulwesen der Staat maßgebend ist. Eine von Wegscheider vorgelegte Entschließung, die Reubells Entwurf als verfassungswidrig und verfassungswidrig demüßigt, die Aufrechterhaltung konfessioneller Gegensätze rügt und Aufrechterhaltung staatlicher Schulhoheit fordert, wurde einstimmig angenommen. Einstimmig wurden auch zwei Entschließungen angenommen zum Einspruch gegen kirchenbehördliche Versuche, die Unterstützung des Reubellschen Entwurfs den Geistlichen, und sogar sozialistischen, zur Pflicht zu machen. Die eine Entschließung kennzeichnet das als Vergewaltigung und Gewissensbedrückung. Die andere sagt, daß Massenflucht aus der Kirche kommen werde, wenn die Kirche sich wieder zum Vertretung des angeblich christlichen Staates der Vergangenheit herabläßt, der in Wirklichkeit ein sehr unchristlicher Staat war. Am Nachmittag sprach Pfarrer Genosse Hans Franke Berlin über die Stellung der religiösen Sozialisten zur Weltreligionsbewegung. Die er als den Idealen des Christentums entsprechend bezeichnete. Sein Antrag, daß der Landesverein Preußen vom Bund religiöser Sozialisten sich für Weiterarbeit im Friedensstarke ausspricht, wurde einstimmig angenommen.

Die Tagung endete mit einem Schlußwort Bichowskis, der nochmals die Beziehungen echter Religion zum Sozialismus hervorhob.

Der Umbau der Friedrich-Ebert-Straße beginnt.

Am gestrigen Montag haben die Umbauarbeiten in der Friedrich-Ebert-Straße zwischen Lennestraße und Brandenburger Tor begonnen. Diese Straße, die mit zu den verkehrsreichsten Straßen der Reichshauptstadt gehört, hat besonders um die Mittags- und Nachmittagsstunden von 5 bis 6 Uhr den stark angelegenen Automobilverkehr von der City nach dem Westen zu bewältigen. Um zunächst die Kreuzung Lennestraße-Ebert-Straße, an der sich wegen der schmalen Zufahrten regelmäßig Verkehrsstörungen ergeben, für den Automobilverkehr bequemer zu gestalten, wird von dem Mittelweg, der bisher die beiden Dämme der Friedrich-Ebert-Straße trennte, ein Stück abgenommen. Zu diesem Zwecke müssen auch einige Bäume entfernt werden. Ferner werden die Straßenbahnlinien, die bisher auf dem rechten Damm lagen, auf den Mittelweg verlegt und dort in Kälen eingebettet werden. Damit ist gleichzeitig das Verlegen von mehreren Straßenbahnleitungständern verbunden. Der Restweg, der bisher auf dem Mittelweg gewesen war, wird jetzt in gleicher Breite an die Seite verlegt. Durch diese Umgestaltung der Friedrich-Ebert-Straße wird nunmehr für den Automobilverkehr eine breitere freie Strecke geschaffen.

Die grüne Weltstadt.

Unter der Bezeichnung "Grüne Weltstadt" Vorgarantenprämierung Berlin 1927" hat sich ein Komitee gebildet, das sich die Spezialaufgabe gestellt hat, die Besitzer der in Berlin vorhandenen Vorgärten zu ermuntern, im Sommer ihre Vorgärten recht hübsch herauszustuffieren. Viele Vorgärten machten besonders in der Kriegs- und der ersten Nachkriegszeit einen recht traurigen Eindruck. Der Aufruf des Komitees war von Erfolg begleitet. Es konnten 10 Sonderpreise, 200 erste Preise und 250 Anerkennungen verteilt werden, die am vergangenen Sonntag an die Preisträger ausgegeben wurden. Das geschah in der Form einer eigenen Feier im Lehrervereinshaus, an der auch Oberbürgermeister Böh und Stadtrat Wuyt als Vertreter der Stadt teilnahmen. Der Vorsitzende des Komitees, Gartenarchitekt Fuhrmann, sprach die Begrüßungsworte. Es wirkte recht befremdend, daß er wie selbstverständlich erwähnte, daß die freie Wohnung- und Mietwirtschaft nun doch bald kommen werde, wobei natürlich auch die Mieten für die Parterrezimmungen steigen werden. Eine weitere Folge werde dann sein, daß die Hausbesitzer die Möglichkeit haben, die Vorgärten besser zu pflegen. Diese Mitteilung dürfte in den am Mieterschutz interessierten Kreisen betrübliches Aufsehen erregen. Stadtdirektor Barih sprach den Dank der Stadt Berlin für die Bemühungen des Komitees aus. Dann wurde ein einzigartiger Film vorgeführt: Das Blumenwunder. Man konnte durch das technische Hilfsmittel des Zeitraffers die Entstehung einer Pflanze und das Aufblühen der Blumen verfolgen. Man gewahrte mit staunender Bewunderung, daß auch in der Pflanze, die scheinbar unbewegt vor uns steht, Bewegung ist, die einer Gelehmäßigkeit untersteht. Wie beim Menschen jeder Pulsschlag den Ablauf einer Sekunde anzeigt, sieht man, durch den Zeitraffer vergegenständlicht, die Pflanze in regelmäßigen Abständen von 24 Stunden die Blätter heben und legen. Der Rhythmus ist besonders an der Tabakpflanze so absolut gleichmäßig, daß man den unheimlichen Eindruck bekommt, als ob dort ein lebendiges Wesen stehe, nicht Mensch, nicht

Tier und doch lebend. Die Ranken der Passionsblume greifen nach den Schläfen, wie mit sich spreizenden Händen. Dann flieht es wieder aus, als ob Schneeden ihre Fühler ausstrecken und Spinnen sich von Ast zu Ast ranken. Zwei andere Ranken kämpfen geradezu um den Vorrang, sich dem Licht zu nähern. Die Schlangen ringeln sie sich um die Schüre. Man sieht Knospen gewaltig die Hülle sprengen und sich wunderbar entfalten. Und zum Schluß ein fast tragisch anmutendes Bild: In einer Kälte steigt eine dieser leuchtenden Blüten steil zum Licht und sprüht auseinander voll üppigen Lebens. Aber während das Auge bereits eine neue Blüte sich entwickeln sieht, wird die erste matt und weiß. Müde sinkt ihr schönes Haupt. Leben und Tod hier in eins. Dieser wunderbare Film, dem leider die gerade hier ganz unentbehrliche Musik fehlte, fand großen Beifall. Dann folgte die Preisverteilung. Als Ehrenpreise waren Porzellanvasen, mit dem Wappen der Stadt Berlin geschmückt, vorgelesen.

Die Wahlen zur Kerkammer.

Die diesjährigen Wahlen zur Kerkammer Berlins haben für die sozialdemokratischen Kerkte ein Ergebnis gebracht, das sie sich als einen Erfolg buchen dürfen. Zum ersten Male kommen Kandidaten von einer sozialdemokratischen Liste in die Kerkammer, sicher mindestens vier, vielleicht sogar fünf. Sicher sind gewählt: Dr. Jaffe, Dr. Meier-Brodtrik, Dr. Martha Wggodjinski, Dr. Kollwitz junior, vielleicht auch noch Dr. Bruno Cohn.

Heber 100 Anzeigen gegen Ruppolt.

Einige Gläubiger des ungetreuen Nachschöpfers Ruppolt haben jetzt den Antrag gestellt, über sein Vermögen das Konkursverfahren zu eröffnen. Gegenwärtig ist daraufhin der Konkursverwalter Dr. Heumann damit beschäftigt, die etwa noch vorhandenen Konkursmasse festzustellen. Von dem Ergebnis dieser Feststellung wird es abhängen, ob diesem Antrage stattgegeben werden kann oder nicht. Inzwischen hat die Verteidigung des Ruppolt den von ihm angerichteten Schaden bei der Versicherungsgesellschaft, bei der sich Ruppolt gegen Regreßansprüche versichert hatte, dem Stuttgarter Verein für alle Fälle angemeldet. Wenn sich herausstellen sollte, daß Ruppolt nicht in verbrecherischer Absicht, sondern infolge eines Nerven Zusammenbruchs seine ungetreuen Handlungen vorgenommen hat, so wäre es immerhin möglich, daß die Versicherung den Schaden decken muß. Diese Frage bedarf jedoch noch einer gründlichen Klärung. Sollte die Schadensersatzpflicht der Versicherungsgesellschaft anerkannt werden, so würden die Gläubiger voll befriedigt werden können. Der von Ruppolt verursachte Schaden beläuft sich nämlich auf etwa 200 000 Mark, eine Summe, über die der abgeschlossene Versicherungsbetrag lautet. Mit der Zeit sind gegen den ungetreuen Nachschöpfer im ganzen über 100 Anzeigen eingelaufen.

Mit Faustschlägen gegen Flugblattverleiher. Man schreibt uns: Unter dieser Überschrift berichtet die "Rote Fahne" vom 12. November völlig entstellte und unwahre Dinge, die sich im Anschluß an die Groß-Berliner Funktioneversammlung der SA abgepielt haben sollen. Wir können feststellen, daß die Ereignisse Folgen eines Treibens sind, das man nur als übles Spiegelbild durchaus mit Recht zur Wehr setzen. Ausgelöst wurde im übrigen alles durch den täuschlichen Angriff eines Zeitungsverlegers auf einen unserer Genossen, den man jetzt besonders diskreditieren will. Die "Bonzen" der SA haben keinerlei Anstöß vor der Verberbeit des RFB, wie der Gewährsmann der "Roten Fahne" meint. Daß dieser Gewährsmann das Rechte hat, sich über Kombomethoden zu empören, muß entschieden bestritten werden.

Gastankexplosion in Pittsburg.

Bisher 20 Tote und 120 Verwundete.

Pittsburg (Pennsylvanien), 14. November.

Im Nordteile der Stadt ereignete sich eine folgenschwere Explosion eines großen Gastanks der Equitable-Gasgesellschaft. Zahlreiche Personen sind getötet worden. Die Explosion war so gewaltig, daß die Erschütterung in der gesamten Umgebung verspürt wurde. Metallteile des riesigen Tanks wurden viele Straßen weit geschleudert. Zahlreiche Gebäude erlitten Beschädigungen. Sogar in dem entfernt gelegenen Geschäftsviertel gerieten die Häuser ins Wanken, so daß man dort zunächst an ein Erdbeben glaubte. Die ersten elf geborgenen Toten waren Arbeiter. Die Wucht der Explosion wird durch die Tafel illustriert, daß man jetzt schwerere Stücke von Tankstahl eine Meile von der Unglücksstätte entfernt aufgefunden hat. Drei Häuserblöcke entfernt



Der Sonntag brachte einen "Bunten Abend", der seinem Namen alle Ehre machte. Man hörte Fröh Kampers mit Rezitationen, Marcelle Rahna von der Haller-Krone, den rundfunkproben Robert Koppel mit neuen und älteren Schlegeln und das Schiller-Karntolentrio. Ueber "Die wirtschaftliche und soziale Erneuerung des schwarzen Erdteils" sprach Dr. Walter Hagemann. Ueberaus schnell wird die europäische Zivilisation, aber auch die europäische Kultur unserer Tage von den Einwohnern Afrikas angenommen, so daß man oft äußerliche Primitivität und treue Nachahmung europäischer Sitten und Gebräuche dort unmittelbar nebeneinander findet.

Am Montag eröffnete Prof. Hans Baluschek eine Vortragsreihe "Arbeit und Leben" mit dem Vortrag "Gestaltungswille und künstlerische Kultur des Weltbürgers". Dem Weltbürgersoll, wenn er Neigung dazu hat, auch die Möglichkeit geboten werden, sich künstlerisch fortzubilden — lautete die Forderung Prof. Baluscheks. Im Rahmen von Volkshochschulen und anderen Fortbildungsinstituten sollen für die verschiedenen Kunstgebiete von Künstlern geleitete Kurse eingerichtet werden, die natürlich nur der Erziehung von Kunstintellektuellen, nicht von berufsmäßigen Künstlern, dienen können. Aber vielen Kunstliebhabern dürfte aus der zeitlichen und bildnerischen Schöpfung auch praktischer Nutzen für die Berufsarbeit erwachsen. Vor allem aber würden die Kurse Kunstfreude und Kunstverständnis in weitem Maße verbreiten helfen. Prof. Dr. Fröh Behrend beendete seinen Vortzug "Berlin und seine Literatur" mit einer Betrachtung der Berliner Literaturgeschichte "Vor und nach der Literaturrevolution der achtziger Jahre". Der Vortragende zeigte den Zusammenhang des Naturalismus der freien Bühnen und der neuen freien Bühnen mit den ersten Dramen von Hauptmann, von Arno Holz und Johannes Schlaf — mit dem Boden Berlins. — Wilhelm Flügel gab eine Schilderung des deutschen Beamtenstandes, wie er im Deutschen Beamtenbund organisiert ist. — Am Nachmittag eröffnete ein Konzert blinder Künstler. Der Blinden-Räuchererkennverein "Heimatlänge" unter Leitung von H. A. Banas zeigte in einer Anzahl schwieriger Chorwerke ausgezeichnetes Können und großes musikalisches Feingefühl. — Der Abend gab Erinnerungen an Alt-Wien mit Walzern von Baner, Josef und Johann Strauß und Leo Fall's sentimentalem Singpiel "Brüderlein fein".

wurde ein Straßenbahnwagen zertrümmert, und sämtliche Fahrgäste trugen Verletzungen davon. Alle Krankenhäuser von Pittsburg sind mit Verletzten überfüllt. Nach den bis jetzt vorliegenden Berichten haben über 20 Personen den Tod gefunden. Mehrere hundert sind verletzt worden.

Heber 1 825 000 Rundfunkteilnehmer.

Wie wir erfahren, betrug die Zahl der Rundfunkteilnehmer am 1. November dieses Jahres im Deutschen Reich insgesamt 1 825 177. Davon entfielen auf die Sendebereiche Berlin 583 008, Köln 405 422, Hamburg 219 139, Leipzig 180 771, Frankfurt a. M. 137 632, München 104 839, Breslau 95 466, Stuttgart 60 814 und Königsberg i. Pr. 29 068 Teilnehmer.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind stets an das Parteisekretariat Berlin G 26, Lindenstraße 2, 2. u. 3. Etz., zu richten.

- 2. Kreis Tiergarten. Heute, Dienstag, 15. November, 1924, Uhr, im Beisein des Parteisekretärs, 24. Fortsetzung des Kuriums: Einführung in den Sozialismus. Referent Otto Reier, R. d. 2. Pünktliches Erscheinen erwünscht. — Kreis Schulgemeinde Tiergarten. Mittwoch, 16. November, 1924, 19 Uhr, im Lokal "Kuhhof", Fehrbellener Str. 29, Glienched. 6 Uhr, durch Mitglieder eingeladen. Im freundlichen Willkommen.
- 17. Kreis Köpenick. Kreis Schulgemeinde. Heute, Dienstag, 15. November, 1924, Uhr, im Lokal des Göttingerzimmers, Rathausstr. 4. Göttingerzimmers. Einblendervertrag. Thema: Das Rundfunkteilnehmer-Verhältnis. Referent Schulmeister Heber. Alle Eltern, Lehrer und Freunde der Schule sind herzlich eingeladen. Die Besprechung beginnt pünktlich. Eintritt frei.
- 18. Kreis Weidenau. Der Arbeiterbildungskursus "Die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie", Referent Dr. Meier, wird am Donnerstag, 14. November, im Jugendheim, (sondern im Schulhaus, Wilhelmstraße, weitergeführt.

Heute, Dienstag, 15. November:

- 12. Abt. Von 19 bis 20 Uhr Abgabe der Resultate und der getätigten Aufnahmen der Redaktionen. Schloßstr. 42. Jeder Bezirksführer ist verpflichtet zu erscheinen.
- 13. Abt. 19 Uhr im Veranlassung des Schloß, Schloßstr. 42. Bezirksabteilung. Referent Stadtrat Dr. Meier. 6 Uhr und herzlich eingeladen.
- 14. Abt. Charlottenburg. 20 Uhr bei Fr. Kautzstr. 26. Funktionärstagung. Referent von der Verberbeit des Sozialismus.
- 15. Abt. Weidenau. 19 Uhr bei Schloßstr. 1. 2. und 7. Bezirk: Kennzeichen, Schöneberger Allee. Referent Stadtrat Dr. Meier. 2. bis 6. Bezirk: Hohenstr. 10. 8. bis 10. Bezirk: Schloßstr. 1. Referent Oberregierungsrat Dr. Hirschfeld.
- 16. Abt. Köpenick. 19 Uhr bei Schloßstr. 1. 3. Sitzung sämtlicher Funktionäre. — 18. Abt. Die Bezirksführer werden umgeändert. Das gesamte Parteimitglied über Funktionäre dem 1. Bezirksführer, Genosse Otto Homann, jun., Neuland, Schloßstr. 22/24, bei Vorherfragen, zugunsten.
- 19. Abt. Köpenick. Die Aufnahmeform der neu gewonnenen Mitglieder sind bis spätestens Donnerstag, 17. November, von 18 bis 19 Uhr beim Genossen Schöber, Schloßstr. 27/1, abzugeben.

Morgen, Mittwoch (Bußtag), 16. November:

- 1. Abt. Die für Mittwoch angelegte Funktionärstagung findet nicht statt. Das Parteimitglied ist dem Bezirksführer sofort zu melden.
- 2. Abt. Besprechung des Weidenauer Treffens: 10 Uhr Weidenauer Treffens. Am Eingang des Weidenauer Treffens. Teilnahme sämtlicher Mitglieder erwünscht.
- 3. Abt. 19 Uhr bei Schloßstr. 1. 2. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 4. Abt. 10 Uhr bei Berger, Neulandstr. 21. Funktionärstagung. Die aus dem einzelnen Bezirken noch ausstehenden Verberbeitsergebnisse sind mitzubringen.
- 5. Abt. 10 Uhr bei Schloßstr. 1. Weidenauer Treffens. Funktionärstagung. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 6. Abt. 19 Uhr im Jugendheim, Lindenstr. 3. 2. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 7. Abt. 19 Uhr bei Schloßstr. 1. 3. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 8. Abt. 19 Uhr bei Schloßstr. 1. 4. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 9. Abt. 19 Uhr bei Schloßstr. 1. 5. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 10. Abt. 19 Uhr bei Schloßstr. 1. 6. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 11. Abt. 19 Uhr bei Schloßstr. 1. 7. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 12. Abt. 19 Uhr bei Schloßstr. 1. 8. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 13. Abt. 19 Uhr bei Schloßstr. 1. 9. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 14. Abt. 19 Uhr bei Schloßstr. 1. 10. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 15. Abt. 19 Uhr bei Schloßstr. 1. 11. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 16. Abt. 19 Uhr bei Schloßstr. 1. 12. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 17. Abt. 19 Uhr bei Schloßstr. 1. 13. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 18. Abt. 19 Uhr bei Schloßstr. 1. 14. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 19. Abt. 19 Uhr bei Schloßstr. 1. 15. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 20. Abt. 19 Uhr bei Schloßstr. 1. 16. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 21. Abt. 19 Uhr bei Schloßstr. 1. 17. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 22. Abt. 19 Uhr bei Schloßstr. 1. 18. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 23. Abt. 19 Uhr bei Schloßstr. 1. 19. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 24. Abt. 19 Uhr bei Schloßstr. 1. 20. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.

Donnerstag, 17. November:

- 1. Abt. Besprechung des Schloßstr. 1. 2. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 2. Abt. Besprechung des Schloßstr. 1. 3. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 3. Abt. Besprechung des Schloßstr. 1. 4. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 4. Abt. Besprechung des Schloßstr. 1. 5. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 5. Abt. Besprechung des Schloßstr. 1. 6. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 6. Abt. Besprechung des Schloßstr. 1. 7. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 7. Abt. Besprechung des Schloßstr. 1. 8. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 8. Abt. Besprechung des Schloßstr. 1. 9. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 9. Abt. Besprechung des Schloßstr. 1. 10. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 10. Abt. Besprechung des Schloßstr. 1. 11. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 11. Abt. Besprechung des Schloßstr. 1. 12. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 12. Abt. Besprechung des Schloßstr. 1. 13. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 13. Abt. Besprechung des Schloßstr. 1. 14. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 14. Abt. Besprechung des Schloßstr. 1. 15. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 15. Abt. Besprechung des Schloßstr. 1. 16. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 16. Abt. Besprechung des Schloßstr. 1. 17. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 17. Abt. Besprechung des Schloßstr. 1. 18. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 18. Abt. Besprechung des Schloßstr. 1. 19. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 19. Abt. Besprechung des Schloßstr. 1. 20. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.

Frauenveranstaltungen:

- 1. Kreis Tiergarten. Heutige Funktionärstagung bei Tschupke, Fehrbellener Str. 2.
- 2. Abt. Der Aufbruch zum Dienstag, 15. November, 1924, Uhr, aus. Rückkehr nach Hause am Dienstag, 16. November, 1924, Uhr.
- 3. Abt. Schloßstr. 1. 2. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 4. Abt. Schloßstr. 1. 3. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 5. Abt. Schloßstr. 1. 4. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 6. Abt. Schloßstr. 1. 5. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 7. Abt. Schloßstr. 1. 6. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 8. Abt. Schloßstr. 1. 7. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 9. Abt. Schloßstr. 1. 8. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 10. Abt. Schloßstr. 1. 9. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 11. Abt. Schloßstr. 1. 10. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 12. Abt. Schloßstr. 1. 11. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 13. Abt. Schloßstr. 1. 12. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 14. Abt. Schloßstr. 1. 13. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 15. Abt. Schloßstr. 1. 14. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 16. Abt. Schloßstr. 1. 15. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 17. Abt. Schloßstr. 1. 16. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 18. Abt. Schloßstr. 1. 17. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 19. Abt. Schloßstr. 1. 18. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 20. Abt. Schloßstr. 1. 19. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.
- 21. Abt. Schloßstr. 1. 20. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.

Jungsozialisten.

Gruppe Köpenick. Heute, Dienstag, 15. November, 1924, Uhr, in der Bibliothek Schloßstr. 1. 2. Bezirk: 11. Thema: Schloßstr. 9. Hohenstr. 10. Referent Stadtrat Dr. Meier.

Kinderfreunde Groß-Berlin.

- Dienstag, 15. November, findet um 19 Uhr in der Gesellschaft der Köpenicker Arbeitervereine statt. Donnerstag, 17. November, 1924, Uhr, im Hotel "Kuhhof", Fehrbellener Str. 29, 19 Uhr, im Rathaus Köpenick. Freitag, 18. November, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Samstag, 19. November, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Sonntag, 20. November, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Montag, 21. November, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Dienstag, 22. November, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Mittwoch, 23. November, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Donnerstag, 24. November, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Freitag, 25. November, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Samstag, 26. November, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Sonntag, 27. November, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Montag, 28. November, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Dienstag, 29. November, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Mittwoch, 30. November, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Donnerstag, 1. Dezember, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Freitag, 2. Dezember, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Samstag, 3. Dezember, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Sonntag, 4. Dezember, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Montag, 5. Dezember, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Dienstag, 6. Dezember, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Mittwoch, 7. Dezember, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Donnerstag, 8. Dezember, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Freitag, 9. Dezember, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Samstag, 10. Dezember, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Sonntag, 11. Dezember, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Montag, 12. Dezember, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Dienstag, 13. Dezember, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Mittwoch, 14. Dezember, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Donnerstag, 15. Dezember, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Freitag, 16. Dezember, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Samstag, 17. Dezember, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Sonntag, 18. Dezember, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Montag, 19. Dezember, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Dienstag, 20. Dezember, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Mittwoch, 21. Dezember, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Donnerstag, 22. Dezember, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Freitag, 23. Dezember, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Samstag, 24. Dezember, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Sonntag, 25. Dezember, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Montag, 26. Dezember, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Dienstag, 27. Dezember, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Mittwoch, 28. Dezember, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Donnerstag, 29. Dezember, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Freitag, 30. Dezember, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Samstag, 31. Dezember, 1924, Uhr, im Rathaus Köpenick. Sonntag, 1. Januar, 1925, Uhr, im Rathaus Köpenick. Montag, 2. Januar, 1925, Uhr, im Rathaus Köpenick. Dienstag, 3. Januar, 1925, Uhr, im Rathaus Köpenick. Mittwoch, 4. Januar, 1925, Uhr, im Rathaus Köpenick. Donnerstag, 5. Januar, 1925, Uhr, im Rathaus Köpenick. Freitag, 6. Januar, 1925, Uhr, im Rathaus Köpenick. Samstag, 7. Januar, 1925, Uhr, im Rathaus Köpenick. Sonntag, 8. Januar, 1925, Uhr, im Rathaus Köpenick. Montag, 9. Januar, 1925, Uhr, im Rathaus Köpenick. Dienstag, 10. Januar, 1925, Uhr, im Rathaus Köpenick. Mittwoch, 11. Januar, 1925, Uhr, im Rathaus Köpenick. Donnerstag, 12. Januar, 1925, Uhr, im Rathaus Köpenick. Freitag, 13. Januar, 1925, Uhr, im Rathaus Köpenick. Samstag, 14. Januar, 1925, Uhr, im Rathaus Köpenick. Sonntag, 15. Januar, 1925, Uhr, im Rathaus Köpenick. Montag, 16. Januar, 1925, Uhr, im Rathaus Köpenick. Dienstag, 17. Januar, 1925, Uhr, im Rathaus Köpenick. Mittwoch, 18. Januar, 1925, Uhr, im Rathaus Köpenick. Donnerstag, 19. Januar, 1925, Uhr, im Rathaus Köpenick. Freitag, 20. Januar, 1925, Uhr, im Rathaus Köpenick. Samstag, 21. Januar, 1925, Uhr, im Rathaus Köpenick. Sonntag, 22. Januar, 1925, Uhr, im Rathaus Köpenick. Montag, 23. Januar, 1925, Uhr, im Rathaus Köpenick. Dienstag, 24. Januar, 1925, Uhr, im Rathaus Köpenick. Mittwoch, 25. Januar, 1925, Uhr, im Rathaus Köpenick. Donnerstag, 26. Januar, 1925, Uhr, im Rathaus Köpenick. Freitag, 27. Januar, 1925, Uhr, im Rathaus Köpenick. Samstag, 28. Januar, 1925, Uhr, im Rathaus Köpenick. Sonntag, 29. Januar, 1925, Uhr, im Rathaus Köpenick. Montag, 30. Januar, 1925, Uhr, im Rathaus Köpenick. Dienstag, 31. Januar, 1925, Uhr, im Rathaus Köpenick.

Das ideale Laxin Abführ-Konfekt

Va.
ARNAUD



Die
neue
RARITÄT
IM ORIENT-FACON

In blauer Packung.

Sie ist mild aromatisch. Eine ausgesprochen weiche Mischung. Der Fachmann unterscheidet weiche und harte Mischungen bei der Cigarette, wie es weiches und hartes Wasser gibt. Die weiche Mischung verlangt eine besonders grosse Anzahl verschiedener Tabaksorten und Ernten, und erfordert höchstes Können von der Kunst des Tabakmischers, die etwa 80 verschiedenen Tabaksorten aufeinander abzustimmen, um eine milde Ausgeglichenheit zu erzielen.

Das ist es, was der Raucher an unserer neuen Rarität schätzen lernen wird.

Es liegt am Tabak!

Darum sind Halpaus-Cigaretten besonders gut.

Rauchen Sie bitte

Halpaus

RARITÄT
IM ORIENT-FACON

4 Pf.

Die Faust der Zigarrenfabrikanten.

Neunzehn Mark Lohn in der Woche. — Die Lage der Zigarrenindustrie.

Als man im mitteldeutschen Bergarbeiterstreik die Braunkohlenarbeiterlöhne die niedrigsten in Deutschland genannt hat, hat man den deutschen Zigarrenarbeitern und -arbeiterinnen Unrecht getan. Ihre Lage ist noch unergleichlich elender: nach den amtlichen Angaben der Tabakberufsgenossenschaft wurden im Jahre 1926 bei 85 600 Rollarbeitern (1 Rollarbeiter = 300 Tage x 8 Stunden gerechnet) eine Lohnsumme von 80,16 Millionen Mark festgestellt. Das entspricht einer Jahresbezahlung von täglich 8 Stunden Arbeit (Bruttolohn) von 937 Mark! Auf die Woche berechnet ein Lohn von noch nicht 19 Mark! Das ist der soziale Hintergrund jener für ganz Deutschland vom Reichsverband der Zigarrenfabrikanten seit gestern vollzogenen Aus-sperrung!

Tarifbruch der Unternehmer — systematische Kuschung — schwarze Listen!

Es ist müßig, angesichts dieser einen erschütternden Tatsache über die Frage der Tarifstreue zu rechten. Vor dem Gesetz mögen die verzweifenden Arbeiter und Arbeiterinnen in den wenigen wirklich zuerst bestreikten Betrieben im Unrecht gewesen sein. Die Unternehmer aber haben sich vierfach ins Unrecht gesetzt: durch die von ihnen gezahlten unqualifizierbaren Hungerlöhne, durch die Nichtachtung der unbestreitbaren Tatsache, daß die Arbeiterverbände die Tarifstreue nicht gebrochen haben, durch die vom Reichsverband als Druckmittel verfügte Aus-sperrung sämtlicher deutschen Zigarrenarbeiter, wodurch er selbst die Tarifstreue aufs schwerste verletzt hat, und durch die Tatsache, daß die Zigarrenfabrikanten in scharfmacherischer Absicht und ohne durch die Wirtschaftslage dazu gezwungen zu sein, die Generalaus-sperrung angeordnet haben.

Der Reichsverband der Zigarrenhersteller hat das von ihm begangene Unrecht vertausendfacht durch Abreden mit anderen Arbeitgeberverbänden, daß kein Aus-sperrter irgendwo sonst Arbeit erhalten darf, daß seine Mitglieder bei Nichtbefolgung des Aus-sperrungsbefehls mit dem Hundertfachen des Jahresbeitrags bestraft werden, daß kein Aus-sperrter innerhalb acht Wochen nach der Aus-sperrung bei einer anderen Firma wieder beschäftigt werden darf, bevor sich die betreffenden Firmen miteinander über die einzustellenden Arbeitnehmer verständigt haben (schwarze Listen). Planmäßiger Tarifbruch, systematisch organisierte Kuschung von über 100 000 schuldlosen, ohnehin lebenslang unter der Hungerpeitsche niedergebaltene Menschen, schwarze Listen zum Bankrott der Mißliebigen: damit haben die Zigarrenfabrikanten in den Augen der Öffentlichkeit sich selbst das Urteil gesprochen. Es ist nur selbstverständlich, daß schon aus

moralischen Gründen die drei Fabriken der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine (GEG-Hamburg) diese Aus-sperrung nicht mitmachen.

Steigender Verbrauch — sinkende Kosten.

Bergeilich hoffen die scharfmacherischen Unternehmer und Syndikate darauf, die Öffentlichkeit müsse die ewige Klage über die schlechte Lage der Zigarrenindustrie als bare Münze nehmen, weil man die Tausende von kleinen in ganz Deutschland verstreuten Fabriken nicht übersehen kann. Aber es gibt amtliche Zahlen, aus denen alles gegen diese fortwährenden Klagen spricht. Nach den Ziffern der Tabakberufsgenossenschaft nahmen Beschäftigung und Produktion der Zigarrenindustrie seit der Währungsstabilisierung folgende Entwicklung:

	1924	1925	1926
Zahl der Zigarrenfabriken	5 219	4 801	4 595
Gesamtzahl aller Tabak-Rollarbeiter (Rollarbeiter = 300 x 8 Stunden gerechnet)	153 000	143 000	122 000
Zigarrenarbeiter allein nach der Betriebsstatistik des deutsch-Tabakarbeiter-Verbandes (wirkliche Personenzahl)	118 553	112 161	113 495
Versteuerte Zigarrenherstellung (Milliarden Stück)	5,30	5,75	5,98

Nach diesen Ziffern hat, wenn man die Zahlen der Erzeugerbetriebe mit den vom Tabakarbeiterverband festgestellten Zahlen der Beschäftigten vergleicht, die Zahl der Betriebe schneller abgenommen als die Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Beobachtung von Jahrzehnten zeigt, daß der Anteil der schlechtbezahlten weiblichen Arbeitskräfte ständig anwächst: er beträgt heute nicht weniger als 85 Prozent. Dagegen ist die Produktion seit 1924 ununterbrochen gestiegen. Mit einer beachtlichen Konzentration der Betriebe ging daher bei steigender Produktion eine Verringerung des Arbeitsaufwandes einher, die noch sehr viel deutlicher erkennbar ist, wenn man die steigende Produktion mit der Abnahme der von der Tabakberufsgenossenschaft errechneten Rollarbeiter in Beziehung setzt.

Lukrative Großbetriebe. — Ein natürliches Marktmonopol.

Dabei ist der Umfang der großbetrieblichen Produktion keineswegs so gering, wie man für die Zigarrenindustrie gewöhnlich annimmt. Eine Untersuchung aus dem Jahre 1926 zeigt, daß von 3147 untersuchten Betrieben hatten:

von	bis	Arbeit.	2473 Fabriken m.	Schätzungsw.	25000 Arbeit.
20	99	493	"	"	20000
100	199	95	"	"	12000
200	999	80	"	"	32000
1000	und mehr	6	"	"	9000

Auf 88 ausgesprochene Großbetriebe mit über 200 Arbeitern entfallen danach über 40 000 Arbeiter. Obwohl diese Großbetriebe zweifellos mit verhältnismäßig niedrigeren Kosten arbeiten, selbst dann, wenn auch hier Handarbeit vorherrscht, profitieren sie von den durch die Kleinbetriebe niedrig gehaltenen Löhnen und von den durch die massenhaften Kleinbetriebe sicher nicht nach unten beeinflussten Preisen. Im Verhältnis werden in Deutschland nur sehr wenig ausländische Zigarren geräucht, und um die großen hochleistungsfähigen Fabriken mit einiger Aussicht auf dauernden Erfolg unterbieten zu können, haben die kleinen Fabrikanten wenig Gelegenheit. So ist der durch den Geschmack der Raucher praktisch monopolisierte deutsche Absatzmarkt für die großen Betriebe die Quelle einer hohen und für die überwiegende Mehrzahl der übrigen Betriebe einer ausreichenden Rentabilität. In der Tat hat man wenig von Schwierigkeiten gehört, die für die ganze Zigarrenindustrie gelten würden. Im Gegenteil, es gibt im Nordwesten und Nordosten eine Anzahl von als Schwerverdiener bekannten Großproduzenten. Die oft gehörte Behauptung von der Verdrängung der Zigarre durch die Zigarette und Pfeife dürfte, da seit 1924 die Zigarrenproduktion ununterbrochen gestiegen ist, in das Reich der Fabel gehören. Das glänzende Konjunkturjahr 1927 aber dürfte nicht nur die Zahl der Zigarrenraucher, sondern vor allem auch die gefauste Qualität, den bezahlten Preis und den Gewinn der Zigarrenfabrikanten beträchtlich erhöht haben.

Saum Steuerrückstände — aber vielfach Ueberstundenarbeit.

Ein Merkmal dafür, daß es der Zigarrenindustrie im ganzen sehr gut geht, ist auch die Erfüllung der Steuerpflichtungen, bei der es im Verhältnis zur Zigarettenindustrie wenig Rückstände geben soll. Das ist um so wichtiger, als nach der herrschenden Praxis die getauften Banderolen erst nach der Erfüllung aller Privatverpflichtungen bezahlt werden. Im Gegensatz zur Zigarettenindustrie waren in den Zigarrenfabriken noch äußerst wenig Buchprüfungen erforderlich.

Auch die Lieferungsbedingungen und die zoll- und steuerrechtlichen Bestimmungen sind für die Rentabilität und Zahlungsfähigkeit der Zigarrenindustrie günstig: Rohtabak wird gewöhnlich unter Eigentumsvorbehalt auf 6 Monate Ziel geliefert, der Zoll gegen Sicherheit gestundet und die Banderolenzahlung auf 3½ Monate aufgeschoben. Zu einem gewissen Teil werden Lohn- und sonstige Kosten aus den langen Stundungen und Zahlungsaufschüben finanziert. Dabei wird durch Steuerlöhner des Großhandels den Fabrikanten vielfach die Lagerung abgenommen.

Ein besonderes Merkmal der Rentabilität ist die vielfach herrschende laufende Ueberbeschäftigung. Ein unbekanntes Großwerk läßt seit Monaten 54 bis 57 Stunden in der

Es gibt noch Überraschungen!



Massary-Privat, die neue 4-Pfg.-Zigarette ohne Mundstück hat alle Raucher aufgerüttelt, die gleichgültigen und die verwöhnten. / Ja, ist denn das möglich: für 4 Pfennige eine vollwertige, überaus milde Zigarette von köstlichster Eigenart? / Es ist möglich! Allerdings: die Packung mußten wir schmucklos einfach halten. Aber den Tabak haben wir uns etwas kosten lassen! / Auch der Laie, auch der Gelegenheitsraucher merkt sofort, daß Massary-Privat eine ganz außergewöhnliche Leistung verkörpert. Machen Sie einen Versuch: Sie werden aufs angenehmste überrascht sein.

Massary-Privat
ohne Mundstück

rund u. flach **4** mild u. blumig

Das ist Tabak! (Urteilen Sie selbst!)

Das Glas.

(Zur Tagung der glastechnischen Gesellschaft.)

Von Dr. Hugo Kühn.

Ueber den Ursprung des Glases sind wir nicht orientiert. Ein englischer Forscher nimmt das nördliche Mesopotamien und den Kaukasus als die Heimat des Glases an, er betont wohl mit Recht, daß die Ägypter erst in Ägypten die Kunst verbreiteten, denn sie waren in der Zeit vor 1500 v. Chr. den Ägyptern in Gewerbe und Industrie überlegen. Tatsächlich sind auch Glasfunde aus Ägypten bekannt, die etwa aus der Zeit 2500 v. Chr. stammen können. — Als aber die Glasfabrikation in Ägypten einmal bekannt war, breitete sie sich rasch aus, es währte nicht lange, bis das Glas im Lande der Pharaonen selbstverständlich war. — Im alten Ägypten hat man eine der Königin Kamaka gemachte Schmuckperle aus dem 15. Jahrhundert gefunden. Ob sie ägyptischer Herkunft war oder das Geschenk des mächtigen syrischen Königs?

Zuerst fand das Glas ausschließlich zur Herstellung von Schmucksteinen, Edelsteinimitationen, Verwendung. Man stellte, wie es noch heute in der Keramik zur Gewinnung von Glasuren geschieht, eine Fritte her, formte dann aus ihr Stäbe, die zu Schmucksteinen verarbeitet wurden. Demois konnte man sicher schon die noch heute ausgenutzte Farbwirkung des Braunsteins und Kupfers.

Die Kunst, Glasgegenstände durch Pressen in Formen herzustellen, übten die Ägypter erst um das Jahr 1200 v. Chr. In dieser Zeit wurde auch die Kunst, kleine farbige Glasstäbchen zu Mosaik zusammenzusetzen, geboren, eine Kunst, die später bei den alten Römern zur höchsten Vollendung gebracht wurde. Ich erinnere nur an die Mosaikgemälde des wiedererstandenen Pompeji.

Auf den Reliefs der Königsgräber von Beni-Hassan am rechten Nilufer, die unter der 18. Dynastie, also etwa 700 Jahre v. Chr. entstanden, sind neben anderen Gewerbetreibenden auch Glasbläser in voller Tätigkeit abgebildet, die Glasindustrie hatte in der Zeit also schon eine große Bedeutung erlangt.

Großartig ist von den schon erwähnten Römern geleistet; die berühmten Barberini- oder Portlandvasen aus tief aublauem Glas mit Figuren aus einer weichen opaken Masse gehören zu dem Schönsten, was wir aus alter Zeit besitzen. Prächtige Glasbecher aus dem von Vesuv verhöhten, im vorigen Jahrhundert wieder ausgegrabenen Pompeji befinden sich im Museo Nazionale zu Neapel. Schriftsteller der Antike berichten uns, daß man es verstand, auf mannigfache Weise Glas zu bereiten und zu färben, „so daß es — wie es an einer Stelle heißt — Hyazinth, Saphiren, Ungarn, kurz Edelsteinen aller Art gleicht, und es gibt keinen Stoff, der zur Anfertigung von Spiegeln und zur Herstellung von Gemälden geeigneter wäre.“ Am meisten erregt es unser Erstaunen, daß man in damaliger Zeit schon den heute so geschätzten geschliffenen Kristall kannte. Es heißt nämlich, daß von allen Gläsern das reine, dem Bergkristall ähnliche Glas am schönsten sei.

In späterer Zeit drohten aus ihm gefertigte Trinkgefäße die goldenen und silbernen zu verdrängen, so daß das Konzil zu Eburn, um den Wert der Edelmetalle zu heben, den Gebrauch gläserner Abendmahlstische verbot.

Hundertroll müssen auch die Glasgeräte der alten Perier gewesen sein. Als einst Skandias aus dem kunstfreundlichen Athen an den persischen Hof kam, staunte sie über die Macht, den Reichtum und die Pracht des Perlerkönigs und berichtete dabei, sie hätten aus herrlichen gläsernen Vasen getrunken.

Die Kunst, aus farbigen Glasfäden Schmucksteine und Perlen zu formen, gelangte im 13. Jahrhundert n. Chr. in Venedig wieder zur Blüte. Es mündet uns nicht, daß gerade hier an der Spitze des Orients, wo so viele Anregungen sich holen, das Kunstgewerbe zu hoher Entwicklung gelangte. Venedigische Glasperten waren durch Jahrhunderte berühmt. Von den Venedigern erlernen die Glasbläser des böhmischen und bayerischen Waldes die Kunst, Wunderrollen aus Glassteinen, Nachahmungen künstlicher Edelsteine, wurden hergestellt. Auch die Anfertigung von Glasspiegeln machte die Venedigern bald berühmt. Infolge dessen war das Gewerbe der Glasbläser so angesehen, daß der Senat alle, die sich der Kunst widmeten, zu Bürgern der Republik machte, dem Adel erlaubte, ihre Töchter zu heiraten, und den Nachkommen die Rechte der Bürger einräumte, während die Ehe mit der Tochter eines anderen Gewerbetreibenden den Verlust des Adels zur Folge hatte.

In Deutschland können wir die Geschichte der Glasindustrie bis in das frühe Mittelalter verfolgen, wir haben geschichtliche

Beweise, daß die Kirche des bayerischen Klosters Tegernsee bereits im 10. Jahrhundert mit bemalten Glasfenstern geschmückt war.

Die Kunst durch Zusammenmelzen von Mineralien als durchsichtigen Körper Glas zu erzeugen, gehört sicher zu den ältesten Gewerben Mitteleuropas. In Gegenden, die reich an Brennstoffen waren, wie der böhmische und bayerische Wald, entstanden schon im frühen Mittelalter Hütten. Zum Teil künden noch heute Ortsnamen von ihnen. Durch Jahrhunderte hindurch war die Gründung von Glashütten in waldreichen Gegenden, die in Holzfeuerungsmaterial und Metallen lieferten, gebunden. Die Hütten selbst waren verglichen mit den modernen außerordentlich primitiv ausgestattet. Trotzdem wurde auf künstlerischem Gebiete bald großes geleistet. Die Entdeckung des Kronglases ist mit dem Namen des deutschen Chemikers Kuntze verknüpft.

Das Aufblühen der chemischen Industrie, die alle Rohstoffe für die Glasfabrikation leicht und in ausreichender Qualität beschaffte, die Erschließung der Bodenschätze, und in erster Linie der Gasheizung entriß die Hütten den Waldstücken und förderte die Entwicklung großer Werke in industriell günstig gelegenen Gegenden. Als Siemens in Dresden den Regenerationsgases um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts konstruierte, verschwand die Dofen mit direkter Beheizung nach und nach, seine Einführung bedeutete für die Glashütten einen ungeheuren Fortschritt, das Gewerbe wurde zur Industrie.

In der Jetztzeit werden große Plätze für die Neugründung von Hütten bevorzugt, weil der Vorteil, mit der Wissenschaft in enger Fühlung zu arbeiten und das Glas an Ort und Stelle absetzen zu können, den Nachteil erhöhter Beförderungskosten für die Rohstoffe überwiegt. Heute beherrscht die Forderung, für alle möglichen Zwecke gutes Qualitätsglas zu liefern, die Glasindustrie, und deshalb muß sie mit der wissenschaftlichen Forschung Hand in Hand arbeiten. Ein lebendiger Ausdruck dieser Erkenntnis ist die Gründung der deutschen glastechnischen Gesellschaft, der unsere größten Hütten angeschlossen sind. Glas ist nicht mehr jeder beliebige durch Zusammenschmelzen glasbildender Metalle mit Kieselsäure erhaltene durchsichtige Körper, Glas in technischem Sinne ist nur das den gedachten Zweck erfüllende Schmelzprodukt. Ueberall werden die Anforderungen gesteigert. Die großen Linsen werden nicht mehr aus einfachen ordinären Fenstergläser hergestellt, sondern aus besonderem Qualitätsglas, die Kristalllinsen unserer Automobile sind aus dem jetzt völlig erfüllendem Glas gefertigt.

Wir legen den Glasmachern die Gesetze der Physik und Chemie zugrunde, wir berücksichtigen das tubuläre Ausdehnungsvermögen der Rohstoffe zum Beispiel, wenn gegen Temperaturwechsel widerstandsfähiges Glas erschaffen werden soll, wir prüfen die Durchsichtigkeit und Elastizität, studieren das Lichtbrechungsvermögen und die Fähigkeit des Glases, unter Umständen als Lichtfilter zu wirken. Wissenschaft und Technik sind in gleicher Weise bemüht, die Qualität des Glases zu heben, denn ohne das Glas ist unsere Kultur undenkbar.

Sonnenblumenkerne.

Von Leonhard Adelt.

Genau vermag ich die Stunde nicht mehr anzugeben, zu der ich mit den ersten Sonnenblumenkernspindeln Bekanntschaft machte. Es ist in einer kleinen südwestlichen Bahnhofsstation, als ich eine fonderbare Prozession von Eisenbahnern in Uniform unter Führung eines ernst notierenden Polizisten bemerkte. Sie gehen im Gänsemarsch um Tisch, Bank und Tische des Wartesaales herum, stellen die Anwesenheit von fünf Tellern und drei Teegläsern, darunter einen zerbrochenen, fest und spucken dabei unausgesetzt einer dem anderen Sonnenblumenkern in den Rücken, während sie mit der rechten neuen Munition aus der Tasche zum Runde führen. Als sie mit der Inzentrationsnahme fertig sind, fragt der eine Eisenbahner: „Wem gehört das also jetzt?“, worauf der Zivilist eindringlich demonstriert: „Das gehört nicht dir, das gehört nicht mir — das gehört dem Staat.“

Ich denke: Hui, wach abwechselnde Angewohnheit, sich gegenseitig anzuspucken! Aber so billig, mit einem westeuropäischen Ansehen, soll ich nicht davonkommen. Denn jordan, im Schiff, im Bahnsteig, auf der Straße, knabbert alles Sonnenblumenkerne. Der Grenzposten, der meinen Poch studiert, als ob er ihn lesen könnte, belächelt mich währenddem mit ausgepuckten Schalen, wie mit Berichtsoberfliegen, und wenn ich morgens auf dem Schnürboden des Bahnmorgens erwache, hat sich von rechts und links ein grauer Schmelz auf mich gesenkt und ist an meinen Kleidern angetrocknet. Vergeblich die Hoffnung, daß der Vorrat einmal aus-

gehen muß — an der kleinsten Station bieten gewiß zehn Weiber Sonnenblumenkerne teil. Dieses animaische Kaufen ringsumher, dieses philosophisch gelassene Einanderanspucken macht mich auf die Dauer ganz nervös; man kann sich einfach nicht anders davor retten, als indem man mittut. Rasch entschlossen drücke ich dem nächstbesten Hötterweib einen Papierscheln in die Hand. Darauf giebt sie mir ein Wasserglas voll Sonnenblumenkerne in die Rocktasche ... noch eins ... noch eins ... noch eins ... Himmel, will der Segen gar kein Ende nehmen!

Verstohlen und ungeschickt klaube ich den ersten Kern mit den Fingern aus der Schale; er schmeckt wie afrikanische Erdnuß. Nicht übel und kein dümmere Zeitvertreib als Zigarettenrauchen und Kartenspiel. Allmählich werde ich tühner und erlerne auch die vorkäufliche Technik: so geschieht mit den Zähnen aufzuknacken, daß der geröstete Kern im Munde bleibt, während die Schale in beschwingtem Bogen weit hinausfliegt. Das vielgeliebte Poster wird zur normalen Lebensfunktion, und als ich in Odessa aussteige, bin ich schon soweit, daß ich meinerseits die Paktontrolle bombardiere. Zwar, in der Großstadt Odessa spuckt nur das niedere Volk und nicht der feine Mann — aber schließlich, der Seemann hat seinen Priem, der Hanke sein Raugumm, wir haben, weit poetischer, den Sonnenblumenkern.

Ich bin entschlossen, nach meiner Heimkehr diese neue Mode bei uns einzuführen. Sie ist schmackhaft und gibt billige Gelegenheit, unangenehmen Menschen seine Gefühle ebenso unzweideutig wie unantastbar auszudrücken.

Gefährliche Hausweibereitigung.

Zu diesem Beitrag von Dr. G. n. Mendel, der hier am 1. November erschien, sind uns eine Menge Zuschriften zugegangen. Der Direktor des Instituts für Zuckerindustrie, Dr. Spengler, gibt folgenden Gutachten ab:

„Die Behauptung, daß Fuselsäure, die durch Zufuhr von Rübenzucker gebildet werden, gerade von eminent giftiger, betäubender und schwer gesundheitsgefährdender Wirkung sind“, trifft in keiner Weise zu. Rübenzucker vergärt erst nach vorangegangener Amolion und verhält sich dann bei der Gärung genau wie Frucht- und Traubenzucker. Schon lange, bevor man Edelhefen verwendete, war es üblich, viele Fruchtweine vor der Gärung stark zu zuckern, da der Zuckergehalt der Früchte nicht ausreichte, um einen haltbaren Wein (mit genügendem Alkoholgehalt) zu gewinnen. Nach § 3 des Weingesetzes darf sogar aus dem von inländischen Trauben gewonnenen Traubenmost oder Weine, bei Herstellung von Rotwein auch der vollen Traubenmaße, Zucker, auch in reinem Wasser gelöst, zugegeben werden, um einen natürlichen Mangel an Zucker bzw. an Alkohol oder einem Uebermaß an Säure insofern abzuheben, als es der Beschaffenheit des aus Trauben gleicher Art und Herkunft in guten Jahrgängen ohne Zufuhr gewonnenen Erzeugnisses entspricht. Der Zufuhr an Zuckermaterial darf jedoch in keinem Falle mehr als ein Fünftel der gesamten Flüssigkeit betragen. Hier ist also ein Zufuhr von Rübenzucker ausdrücklich gestattet, um einen natürlichen Mangel an Alkohol abzuheben. Würden sich durch Vergärung von Rübenzucker besonders schädliche Fuselsäure bilden, so wäre seine Verwendung im Weingesetz nicht ausdrücklich zugelassen.“

Die Weingesetzkommission weisen darauf hin, daß eine Fuselbildung nur dann erfolgen kann, wenn keine Weihen benutzt werden. Gerade bei Verwendung von Weihen entfällt keine Fuselbildung, und gerade um das Entstehen einer Fuselbildung bei der Vergärung von Trauben-, Frucht- und Pflanzenlästen zu vermeiden, solle man Weihen verwenden.

Diese Behauptungen scheinen die Beobachtung des täglichen Lebens zu widersprechen. Gerade der Obstwein gibt starke Rausche, so alkoholische Vergiftungen. Nun ist freilich bekannt, daß Obstwein in Folge der starken Zuckerverwendung außerordentlich alkoholhaltig (bis zu 14 Proz.) sein kann. Ob aber daneben nicht auch die besonders gefährlichen Fuselsäure mitwirken, wäre zu untersuchen. Freilich bleibt der Ausweg, daß die Fuselsäure entstehen, weil milde Hefen bei der Gärung im Spiel waren. Es scheint, daß spezielle wissenschaftliche Untersuchungen hierüber noch nicht vorliegen. Es wäre eine Aufgabe des Instituts für Gärungsgewerbe, Obstweinproben, die der häuslichen Kellerei entkommen, auf ihren Gehalt an Fuselsäure zu untersuchen.

Uebermäßiger Alkoholgehalt des Obstweines bleibt auf alle Fälle schädlich. Alkoholgegner sind deshalb gegen jede Vergärung, weil dabei wertvolle Nährstoffe verloren gehen und empfohlen die gärungslose Früchtederwertung.

Den Anhängern von Obstwein empfehlen wir, bis die Fuselsäure definitiv geklärt ist, jede milde Gärung zu vermeiden und den Zuckerzufuhr so zu bemessen, daß kein übermäßiger Alkohol entsteht.

Das große Wunder.

Von Alf Röd.

Die beiden Klempererjungen Franzen und Eng waren gute Freunde und zwei gewaltige Bummelstroläher. Sobald sie ihren Lohn am Freitagabend in der Tasche hatten, bezahlten sie Kost und Logis für die kommende Woche, und den Rest verjuzten sie. So ging es schon mehrere Jahre. Plötzlich geschah etwas:

Am Morgen nach dem Rationallag, wo die Norweger alle Puppen tanzen lassen, wurden die beiden ausgehakt, das Dach eines kleinen zweistöckigen Hauses mit neuen Dachrinnen zu versehen. Franzen klettert also hinauf, um Rasch zu nehmen, während Eng auf dem Hofe verschiedene Vorbereitungen trifft. Wie Franzen da nun so rückwärts auf dem Dach entlanggeht, den Zollstock in der Hand, und mißt und mißt, ist mit einem Male, ehe er es sich versieht, unten bei seinem Jochbruder. Alle Dächer haben ja irgendwo ein Ende, und Franzen war also einen Schritt zu weit gegangen. Trotzdem das Dach nicht hoch war, so war das doch eine böse Geschichte mit diesem Sturz. Im Krankenhause wurde eine ernste Behandlung des Rückens festgestellt, die Lähmung in beiden Beinen nach sich zog. Das machte einen tiefen Eindruck auf Eng. Er ging in sich, machte einen Punkt hinter die lustigen Tage und besuchte seinen Kameraden täglich.

Als nun der Lahme soweit wieder hergestellt war, daß er in einem Rollstuhl herumgefahren werden konnte, begann auch ein anderer, ihn zu besuchen — ein eifriger Seifenprediger, der meinte, daß der hart heimgesuchte Klemperer mehr als jemand anders nötig hätte, sich vorzubereiten für die „Wanderung auf den goldenen Straßen des Jeniseits“, wie er sich ausdrückte. Der Predikant kam eifrig, den Lahmen zu gewinnen. Eng, der immer zugegen war, lauschte jedesmal ohdächtig. Franzen dagegen schmitt nur saure Grimassen, wenn ihm sein früheres Kufenleben vorgehalten und ihm die ewigen Wahrheiten anempfohlen wurden.

Verstand denn der Kranke nicht, daß der Fall vom Dach nicht etwa ein gewöhnlicher Fall war? Wie oft fielen Klemperer vom Dach, vom fünften Stock herunter, ohne auch nur den geringsten Schaden zu nehmen? Nein, in Franzens Fall lag tiefere Bedeutung. Davon zeugte die Lahmheit. Gottes Finger hatte Franzens Kerkenneth berührt. So sprach der fromme Bruder. Aber Franzen war so verstockt, so selbst Eng meinte, Franzen sei ein zu verstockter Mann. Seitdem Eng mit dem Trinken aufgehört hatte, ging es ihm so

gut, daß er Franzen zu sich nehmen und außerdem eine Nachbarin annehmen konnte, die Franzen pflegte und ihn vormittags ein bißchen in die Sonne fuhr. Eng selbst hatte angefangen, die Beirerfammlungen des Predikanten zu besuchen und überschüttete auch Franzen mit seinem göttlichen Snaod. Der Lahme, der seinem treuen Kameraden viel zu danken hatte, willigte zum Schluß ein, sich in die Beirerfammlungen fahren zu lassen. Er nahm nach bestem Vermögen an dem Erbauungsleben teil, tat glücklich und zufrieden — alles des Kameraden wegen. Eng freute sich über Franzens gute Miene zum Spiel, glaubte aber an dessen Befehrung ebensowenig wie an seine eigene. Daß er religiös geworden war, lag nicht daran, daß seine Seele nach himmlischer Gnade dürstete — er näherte vielmehr eine große Furcht davor, daß der Herr in seiner Unerforschlichkeit auch ihn eines Tages vom Dach fallen lassen und seinen Finger auch in sein Kerkenneth stecken und es in Unordnung bringen könnte. Dem meinte er vorbeugen zu können, indem er ständig zusammen war mit „Brüdern“ und „Schwestern“. Aber — es ließ sich nicht leugnen — wenn so gesungen und musiziert wurde, überkam einen doch weihenolle Stimmung, eine Art Festesfreude, und es war so festlich und mystisch, wenn versucht wurde, Kranke durch Gebete und Handauflegungen zu heilen, etwas, was übrigens niemals richtig glückte. Aber gerade das mit den Heilungen interessierte Eng ungemain, und ein dunkler Ehrgeiz besetzte ihn, einmal selbst eine solche religiöse Fertigkeit zu erlangen.

Einige Jahre vergingen. Franzen und Eng waren noch immer auf allen Beirerfammlungen zu finden, doch keiner von beiden besah den Freimut des Geistes, der den Sektanten den Schwung verleiht. Das ganze war für sie eine Gewohnheitsache geworden.

Eines Morgens erwachte Franzen mit einem wunderlichen Gefühl. Er schlug die Bettdecke zur Seite und starrte gespannt auf seine Beine, kongentrierte dann seinen ganzen Willen und — bewegte erst das eine und dann das andere Bein! Sein Gesicht wurde rot und dann wieder blaß, und der Schweiß perlte auf seiner Stirn. Wie ein Blitz schlug da ein Gedanke in ihm nieder, und er legte sich still wieder hin.

Franzen ließ sich bedienen und herumfahren wie gewöhnlich. Nicht einer Seele erzählte er von den lebhaften Gefühlen, die ihn bewegten, und endlich kam der Tag, wo er nach emsiger heimlicher Uebung soweit gekommen war, daß er sich ohne Hilfe vom Rollstuhl erheben konnte. Dann versuchte er einige Schritte zu gehen. Ihm schien, daß es nicht übel vormwärts ging. Sein guter Humor stammte wieder auf. Hehe! lachte er, das ging verzeußel gut.

Als Franzen sich bereits ordentlich gelentig vorkam, entschloß er sich, seinem Freund mitzuteilen, daß es wieder bergauf ging mit ihm.

Eng war natürlich ungläubig und wollte das erst mal bemiefen sehen. Dann staunte er aber doch. Als ihn Franzen jedoch zur Ausföhrung seines Geheimnisses überreden wollte, kamen ihm doch Bedenken. Aber Franzen ließ nicht locker.

„Die ganze Gemeinde wartet auf ein Wunder, jetzt kann sie's haben.“

„Aber das ist doch der reinste Humbug“, wandte Eng ein. „Humbug hin, Humbug her — das hat nichts auf sich, wenn nur die Schar der Zweifelnden Frieden für ihre Seele finden.“ antwortete Franzen eifrig. „Und vergiß nicht, an dem Tage, wo du mich auferstehen läßt, hat alles „Auf-die-Dächer-Klettern“ für uns ein Ende.“

Dies stimmte seinen Kameraden weich.

Das Bethaus war wie gewöhnlich voll, als Eng mit Franzen angerollt kam. Nach mehreren Proben zu Hause waren sie überein gekommen, das Wunder heute abend vom Stapel zu lassen, wenn die Stimmung günstig war.

Und es war eine herrliche Beirerfammling! Es wurde unaufhörlich gepredigt und gebetet, und die hysterischen Glaubensschreie hallten gegen die Wände. Als die Beirerfammling in die rechte Erstafe gekommen war, rollte Eng Franzen zur Kanzel vor. Die Gesichter der beiden waren beinahe unheimlich bleich und erstarrten vor Spannung. Mit einer Stimme, die das Brausen der Wellen und der improvisierten Orchester überlante, verkündete Eng, was er im Sinne hatte. Und während seine Hände die notwendigen Formalitäten über Franzen vornahm, stimmte die Gemeinde ein Lied an. Als dieses zu Ende war, hob Eng seine Arme gen Himmel und rief:

„Franzen, mein Bruder, steh auf und wandle!“
Und siehe! Der lahme Mann stand von seinem Rollstuhl auf und ging.

Der hysterische Wirrwarr, der nun entstand, versetzte Eng und Franzen in richtige Angst, jedoch war der Rabau nur ein Zeichen dafür, daß all die Zweifelnden Frieden gefunden hatten.

Seitdem trauerten Franzen und Eng nicht ein einziges Dach mehr zu erklimmen, um ihr täglich Brot zu verdienen; aber um so eifriger erklimmen sie die Predigerstühle in Stadt und Land und verkündeten das große Wunder.

(Beizugs- Uebersetzung aus dem Roman (Haupt) von Franz Schlegel)

